



Industrie- und Handelskammer
Kassel-Marburg

Jahresabschluss der IHK Kassel- Marburg zum 31. Dezember 2014

Der Jahresabschluss ist von der unabhängigen Rechnungsprüfungsstelle für Industrie- und Handelskammern geprüft worden.

Die Rechnungsprüfungsstelle hat der Buchführung des Geschäftsjahres 2014, dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 nebst Anhang sowie dem Lagebericht und der Wirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2014 der IHK Kassel-Marburg den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Die Vollversammlung der IHK hat in ihrer Sitzung am 24. Juni 2015 den Jahresabschluss festgestellt. Präsidium und Hauptgeschäftsführer wurde die Entlastung erteilt.

Bilanz der IHK Kassel-Marburg zum 31. Dezember 2014

AKTIVA	31.12.2014 Euro	31.12.2013 Euro	PASSIVA	31.12.2014 Euro	31.12.2013 Euro
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Kapitalrücklage	3.155.759,54	3.155.759,54
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0,00	0,00	II. Ausgleichsrücklage	7.300.000,00	7.300.000,00
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Waren	133.302,00	128.360,00	III. Andere Rücklagen	8.127.029,53	12.064.673,87
3. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	82.077,11
	133.302,00	128.360,00		18.582.789,07	22.602.510,52
II. Sachanlagen			B. Sonderposten		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	7.653.267,25	7.766.709,25	I. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	4.396,34	14.947,58
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	233.877,00	257.243,00			
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	4.542,23	C. Rückstellungen		
	7.887.144,25	8.028.494,48	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	8.468.682,00	8.077.510,00
III. Finanzanlagen			2. Steuerrückstellungen	487.000,00	70.000,00
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	3. Sonstige Rückstellungen	1.921.445,14	1.955.024,58
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00		10.877.127,14	10.102.534,58
3. Beteiligungen	215.984,81	215.984,81	D. Verbindlichkeiten		
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	38.735,34	49.601,26	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00
5. Wertpapiere und Festgelder des Anlagevermögens	17.427.193,08	17.312.691,34	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
6. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche	0,00	0,00	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	490.168,47	405.543,73
	17.681.913,23	17.578.277,41	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen			5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	33.443,57	8.373,38
I. Vorräte			6. Sonstige Verbindlichkeiten	251.293,18	317.159,70
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	133.065,82	133.324,69		774.905,22	731.076,81
2. Unfertige Leistungen	1.052.315,64	1.078.400,80	E. Rechnungsabgrenzungsposten	11.580,71	38.675,84
3. Fertige Leistungen	0,00	0,00			
4. Geleistete Anzahlungen	9.471,80	24.350,00			
	1.194.853,26	1.236.075,49			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen	935.449,69	851.160,34			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00			
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	19.486,05	3.699,98			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	80.754,97	76.735,91			
	1.035.690,71	931.596,23			
III. Wertpapiere					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00			
2. Sonstige Wertpapiere	0,00	0,00			
	0,00	0,00			
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.291.070,24	5.529.042,34			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	26.824,79	57.899,38			
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0,00	0,00			
	30.250.798,48	33.489.745,33		30.250.798,48	33.489.745,33

Kassel, 30. März 2015

 Prof. Dr. Martin Viessmann
Präsident

 Dr. Walter Lohmeier
Hauptgeschäftsführer

Gewinn- und Verlustrechnung 2014 der IHK Kassel-Marburg			
		IST Gj 2014 Euro	IST Gj 2013 Euro
1.	Erträge aus IHK-Beiträgen	8.288.120,80	10.566.267,18
2.	Erträge aus Gebühren	2.045.834,71	2.161.950,11
3.	Erträge aus Entgelten	286.955,38	327.854,07
4.	Bestandsveränderung an fertigen und unfertigen Leistungen	-26.085,16	-15.892,63
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
6.	Sonstige betriebliche Erträge	840.041,26	873.801,47
	- davon: Erträge aus Erstattungen	379.993,41	394.656,60
	- davon: Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	54.244,45	76.038,17
	- davon: Erträge aus Abführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0,00	0,00
	Betriebserträge	11.434.866,99	13.913.980,20
7.	Materialaufwand	-2.008.727,18	-1.738.492,83
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-100.168,87	-66.479,46
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.908.558,31	-1.672.013,37
8.	Personalaufwand	-7.308.310,50	-7.311.206,09
	a) Gehälter	-5.314.116,86	-5.299.454,80
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.994.193,64	-2.011.751,29
9.	Abschreibungen	-256.379,46	-234.506,74
	a) - auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-256.379,46	-234.506,74
	b) - auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.050.703,61	-5.210.722,38
	- davon: Zuführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0,00	0,00
	Betriebsaufwand	-14.624.120,75	-14.494.928,04
	Betriebsergebnis	-3.189.253,76	-580.947,84
11.	Erträge aus Beteiligungen	0,00	698,53
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	228.207,67	199.156,21
13.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11.473,91	26.165,19
	- davon: Erträge aus Abzinsung	0,00	0,00
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-549.779,60	-436.516,44
	- davon: Aufwendungen aus Aufzinsung	-436.770,00	-433.853,00
	Finanzergebnis	-310.098,02	-210.496,51
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.499.351,78	-791.444,35
16.	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
17.	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
	Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
18.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-400.000,00	0,00
19.	Sonstige Steuern	-120.369,67	-33.213,34
20.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-4.019.721,45	-824.657,69
21.	Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	82.077,11	367.833,04
	Einstellung in die Kapitalrücklage	0,00	0,00
22.	Entnahmen aus Rücklagen	3.937.644,34	538.901,76
	a) Entnahme aus der Ausgleichsrücklage	0,00	0,00
	b) Entnahme aus der Liquiditätsrücklage	2.823.726,32	0,00
	c) Entnahme aus anderen Rücklagen	1.113.918,02	538.901,76
23.	Einstellungen in Rücklagen	0,00	0,00
	a) Einstellung in die Ausgleichsrücklage	0,00	0,00
	b) Einstellung in die Liquiditätsrücklage	0,00	0,00
	c) Einstellung in andere Rücklagen	0,00	0,00
24.	Bilanzgewinn (+) / Bilanzverlust (-)	0,00	82.077,11

Finanzrechnung 2014 der IHK Kassel-Marburg			
		IST Gj 2014 Euro	IST Gj 2013 Euro
1.	Jahresergebnis vor außerordentlichem Posten	-4.019.721,45	-824.657,69
2a.	+/- Abschreibung/Zuschreibung auf Gegenstände des Anlagevermögens	256.379,46	234.506,74
2b.	- Erträge Auflösung Sonderposten	-10.551,24	-10.551,24
3a.	+/- Zunahme/ Abnahme der Rückstellungen	774.592,56	520.493,29
3b.	+/- Bildung/ Auflösung Rechnungsabgrenzungsposten	3.979,46	9.236,39
4.	-/+ Sonstige zahlungsunwirksame Erträge/Aufwendungen	0,00	0,00
5.	-/+ Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	224,00	148,00
6.	+/- Abnahme/ Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-62.872,25	144.636,95
7.	+/- Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	43.828,41	-169.442,54
8.	+/- Ein- und Auszahlungen außerordentlichen Posten	0,00	0,00
9.	= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-3.014.141,05	-95.630,10
10.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,00	0,00
11.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-38.830,37	-44.217,05
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-81.364,86	-86.381,92
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	2.510.865,92	3.000.000,00
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.614.501,74	-6.745.147,91
16.	= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-223.831,05	-3.875.746,88
17a)	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00
17b)	+ Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00
18a)	- Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00
18b)	- Auszahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00
19.	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00
20.	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe der Zeilen 9, 16 und 19)	-3.237.972,10	-3.971.376,98
21.	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	5.529.042,34	9.500.419,32
22.	= Finanzmittelbestand am Ende der Periode	2.291.070,24	5.529.042,34

**Plan-/Ist-Vergleich Gewinn- und Verlustrechnung 2014
der IHK Kassel-Marburg**

		Plan Gj 2014 Euro	IST Gj 2014 Euro	Plan/IST Abweichung Euro	IST Gj 2013 Euro
1.	Erträge aus IHK-Beiträgen	8.291.000,00	8.288.120,80	-2.879,20	10.566.267,18
2.	Erträge aus Gebühren	1.987.700,00	2.045.834,71	58.134,71	2.161.950,11
3.	Erträge aus Entgelten	286.000,00	286.955,38	955,38	327.854,07
4.	Bestandsveränderung an fertigen und unfertigen Leistungen	0,00	-26.085,16	-26.085,16	-15.892,63
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
6.	Sonstige betriebliche Erträge	687.200,00	840.041,26	152.841,26	873.801,47
	- davon: Erträge aus Erstattungen	344.900,00	379.993,41	35.093,41	394.656,60
	- davon: Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	53.300,00	54.244,45	944,45	76.038,17
	- davon: Erträge aus Abführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0,00	0,00	0,00	0,00
	Betriebserträge	11.251.900,00	11.434.866,99	182.966,99	13.913.980,20
7.	Materialaufwand	-1.842.200,00	-2.008.727,18	166.527,18	-1.738.492,83
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-93.500,00	-100.168,87	6.668,87	-66.479,46
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.748.700,00	-1.908.558,31	159.858,31	-1.672.013,37
8.	Personalaufwand	-7.389.500,00	-7.308.310,50	-81.189,50	-7.311.206,09
	a) Gehälter	-5.364.000,00	-5.314.116,86	-49.883,14	-5.299.454,80
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.025.500,00	-1.994.193,64	-31.306,36	-2.011.751,29
9.	Abschreibungen	-265.000,00	-256.379,46	-8.620,54	-234.506,74
	a) - auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-265.000,00	-256.379,46	-8.620,54	-234.506,74
	b) - auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00	0,00	0,00
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.524.100,00	-5.050.703,61	-473.396,39	-5.210.722,38
	- davon: Zuführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0,00	0,00	0,00	0,00
	Betriebsaufwand	-15.020.800,00	-14.624.120,75	-396.679,25	-14.494.928,04
	Betriebsergebnis	-3.768.900,00	-3.189.253,76	579.646,24	-580.947,84
11.	Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	698,53
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	189.000,00	228.207,67	39.207,67	199.156,21
13.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.000,00	11.473,91	6.473,91	26.165,19
	- davon: Erträge aus Abzinsung	0,00	0,00	0,00	0,00
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-430.000,00	-549.779,60	119.779,60	-436.516,44
	- davon: Aufwendungen aus Aufzinsung	-430.000,00	-436.770,00	6.770,00	-433.853,00
	Finanzergebnis	-236.000,00	-310.098,02	-74.098,02	-210.496,51
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.004.900,00	-3.499.351,78	505.548,22	-791.444,35
16.	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
17.	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
	Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
18.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	-400.000,00	400.000,00	0,00
19.	Sonstige Steuern	-33.800,00	-120.369,67	86.569,67	-33.213,34
20.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-4.038.700,00	-4.019.721,45	18.978,55	-824.657,69
21.	Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	82.077,00	82.077,11	0,11	367.833,04
	Einstellung in die Kapitalrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00
22.	Entnahmen aus Rücklagen	3.956.623,00	3.937.644,34	-18.978,66	538.901,76
	a) Entnahme aus der Ausgleichsrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00
	b) Entnahme aus der Liquiditätsrücklage	2.726.821,00	2.823.726,32	96.905,32	0,00
	c) Entnahme aus anderen Rücklagen	1.229.802,00	1.113.918,02	-115.883,98	538.901,76
23.	Einstellungen in Rücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00
	a) Einstellung in die Ausgleichsrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00
	b) Einstellung in die Liquiditätsrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00
	c) Einstellung in andere Rücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00
24.	Bilanzgewinn (+) / Bilanzverlust (-)	0,00	0,00	0,00	82.077,11

Plan-/Ist-Vergleich Finanzrechnung 2014 der IHK Kassel-Marburg					
	Plan Gj 2014 Euro	Ist Gj 2014 Euro	Plan / Ist Abweichung Euro	Ist Gj 2013 Euro	
1.	Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten	-4.038.700,00	-4.019.721,45	18.978,55	-824.657,69
2a.	+/- Abschreibung/Zuschreibung auf Gegenstände des Anlagevermögens	265.000,00	256.379,46	-8.620,54	234.506,74
2b.	- Erträge Auflösung Sonderposten	-10.600,00	-10.551,24	48,76	-10.551,24
3a.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	305.000,00	774.592,56	469.592,56	520.493,29
3b.	+/- Bildung/Auflösung Rechnungsabgrenzungsposten	XXX	3.979,46	XXX	9.236,39
4.	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Erträge/Aufwendungen	XXX	0,00	XXX	0,00
5.	+/- Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	XXX	224,00	XXX	148,00
6.	+/- Abnahme/ Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	XXX	-62.872,25	XXX	144.636,95
7.	+/- Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	XXX	43.828,41	XXX	-169.442,54
8.	+/- Ein- und Auszahlungen außerordentlicher Posten	XXX	0,00	XXX	0,00
9.	= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-3.479.300,00	-3.014.141,05	465.158,95	-95.630,10
10.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
11.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-60.000,00	-38.830,37	-21.169,63	-44.217,05
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-87.300,00	-81.364,86	-5.935,14	-86.381,92
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	2.500.000,00	2.510.865,92	10.865,92	3.000.000,00
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.620.000,00	-2.614.501,74	-5.498,26	-6.745.147,91
16.	= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-267.300,00	-223.831,05	43.468,95	-3.875.746,88
17a)	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
17b)	+ Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00	0,00	0,00
18a)	- Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
18b)	- Auszahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00	0,00	0,00
19.	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
20.	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe der Zeilen 9, 16 und 19)	-3.746.600,00	-3.237.972,10	508.627,90	-3.971.376,98
21.	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	XXX	5.529.042,34	XXX	9.500.419,32
22.	= Finanzmittelbestand am Ende der Periode	XXX	2.291.070,24	XXX	5.529.042,34

Anhang zum Jahresabschluss der IHK Kassel-Marburg zum 31. Dezember 2014

I. Allgemeine Angaben

Für das Rechnungswesen samt Jahresabschluss der Industrie- und Handelskammern sind nach § 3 Abs. 7 a IHKG die Grundsätze kaufmännischer Rechnungslegung und Buchführung in sinngemäßer Weise nach dem Dritten Buch des Handelsgesetzbuches in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden. Das Nähere wird durch Satzung unter Beachtung des staatlichen Haushaltsrechts geregelt.

Die Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg führt ihre Rechnungslegung auf der Grundlage des durch die Vollversammlung beschlossenen Finanzstatuts sowie den dazu von Präsident und Hauptgeschäftsführer erlassenen Richtlinien.

Die Regelungen und Ausführungen des Finanzstatuts folgen grundsätzlich den für alle Kaufleute geltenden Rechnungslegungsvorschriften (§§ 238 bis 256 HGB) unter Berücksichtigung der Aufgabenstellung und Organisation der Industrie- und Handelskammern und ihrer Einbindung in das öffentliche Haushaltsrecht.

II. Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden

Aktiva

A. Anlagevermögen

I. und II. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten abzüglich linearer Abschreibungen bewertet. Die Nutzungsdauer wird mit drei Jahren angesetzt.

Die **Liegenschaften** der IHK wurden im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2007 von einem Sachverständigen begutachtet. Dabei wurden Grundstücke auf

der Grundlage des für die Lage des Bewertungsgrundstücks veröffentlichten amtlichen Bodenrichtwertes und Gebäude mit dem Verkehrswert, der dem gutachterlich ermittelten Sachwert entspricht, bewertet. Die Gebäude werden linear über die in dem Gutachten festgelegte Restnutzungsdauer abgeschrieben. Die selbständigen Gebäudeeinrichtungen werden nicht über die Restnutzungsdauer der Gebäude abgeschrieben, sondern über deren betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Die **Vermögensgegenstände des beweglichen Anlagevermögens** werden zu Anschaffungskosten abzüglich linearer Abschreibungen bewertet. Die Nutzungsdauern entsprechen der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer in der IHK.

Für selbstständig nutzbare Vermögensgegenstände des beweglichen Anlagevermögens mit Anschaffungskosten von mehr als 150,00 Euro, aber nicht mehr als 1.000,00 Euro zzgl. MwSt. wird im Jahr der Anschaffung ein Sammelposten gebildet. Der Sammelposten wird linear über 5 Jahre abgeschrieben.

Die **Kunstgegenstände** werden zu dem durch Sachverständigengutachten ermittelten Wert eingestellt und nicht abgeschrieben.

III. Finanzanlagen

Die **Beteiligungen** sind überwiegend in Höhe des anteiligen Stammkapitals angesetzt.

Unter den Beteiligungen werden auch solche ausgewiesen, die weniger als 20 % des jeweiligen Stammkapitals umfassen.

Die **Ausleihungen an Unternehmen**, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Die **festverzinslichen Wertpapiere** sind mit ihren Anschaffungskosten bewertet. Die Anteile eines insolventen Emittenten wurde in 2008 auf 0,00 € abgeschrieben.

Gemäß § 13 der Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts können abweichend zu den HGB-Regelungen **Festgelder**, die unabhängig von ihrer Anlagefrist der langfristigen Erzielung von Zinserträgen dienen und nicht für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes erforderlich und bestimmt sind, im Anlagevermögen ausgewiesen werden. Die Festgelder sind mit ihren Nominalwerten angesetzt.

Im März 2009 wurde von der Vollversammlung eine Richtlinie für Geldanlagen beschlossen. Diese gilt für alle Finanzanlagen im Anlage- und Umlaufvermögen. Durch die Anwendung der Grundsätze der Richtlinie für Geldanlagen soll die Sicherheit der Anlage Vorrang vor der Rentabilität haben. Die Einhaltung der Vorgaben der Richtlinie für Geldanlagen wird von der Anlagenkommission überwacht. Die Anlagenkommission besteht u.a. aus den Vertretern der Kreditinstitute in der Vollversammlung.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** wurden im Rahmen einer Stichtagsinventur per 31. Dezember 2014 aufgenommen (EDV- und Büromaterial, Toner, Prüfungsaufgaben, Bewirtungsvorrat, Geschenke, Vordrucke und Formulare). Sie wurden zu den letzten Einstandspreisen bewertet.

Im Bereich Berufsausbildung werden die Gebühren für die Eintragung und Betreuung eines Ausbildungsverhältnisses zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Abschlussprüfung erhoben. Für Leistungen, die die IHK vorher erfüllt, z.B. Eintragung des Ausbildungsverhältnisses, Betreuung der Ausbildung, Abnahme der Zwischenprüfung, wurde auf der Basis des Verzeichnisses der noch nicht fakturierten Berufsausbildungsgebühren der Bilanzposten „**Unfertige Leistungen**“ gebildet. Die Verteilung der Gebühren erfolgte gleichmäßig auf die einzelnen Ausbildungsmonate.

Geleistete Anzahlungen betreffen die in 2014 für 2015 an die Aufgabenstelle für kaufmännische Zwischen- und Abschlussprüfungen (AKA) und an die Zentralstelle für Prüfungsaufgaben (ZPA) geleisteten Vorauszahlungen.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung der **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** erfolgt grundsätzlich zum Nominalwert bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag.

Die **Forderungen aus IHK-Beiträgen** wurden gemäß der vom IHK/DIHK-Arbeitskreis Rechnungswesen in der Anlage 8 „Jahresabschlussbuchungen“ zum Bilanzierungs- und Kontierungsleitfaden festgelegten Grundsätzen in pauschalierter Form wertberichtigt.

Forderungen aus Gebühren und Entgelten wurden abzüglich einer pauschalen Wertberichtigung von 2 % angesetzt.

Sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalwert angesetzt.

IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Die Kassenbestände sowie die Guthaben auf Giro- und Festgeldkonten bei Kreditinstituten sind mit ihren Nominalwerten bilanziert.

C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Stichtag der Bilanz ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.

Passiva

A. Eigenkapital

I. Kapitalrücklage

Der Wert der Kapitalrücklage ergab sich beim Übergang auf die kaufmännische Rechnungslegung nach den Sondervorschriften zur Erstellung der Eröffnungsbilanz als Saldogröße aus Vermögen und Schulden unter Berücksichtigung von Rücklagen. Um die Kapitalstruktur langfristig zu stärken, wurde die Kapitalrücklage im Jahr 2011 an die - seit Erstellung der Eröffnungsbilanz – geänderte Vermögensstruktur angepasst.

II. Ausgleichsrücklage

Die Ausgleichsrücklage ist mit 47,1 % der im Wirtschaftsplan 2014 geplanten Aufwendungen (€ 15.484.600) dotiert. Sie kann gemäß § 15a Abs. 2 Finanzstatut bis zu 50 % des Wertes der Bezugsgröße ausmachen. Sie dient dem Ausgleich des Wirtschaftsplans bei ungenügenden Erträgen, die hauptsächlich durch konjunkturell bedingte Schwankungen im Beitragsaufkommen entstehen.

III. Andere Rücklagen

Die Liquiditätsrücklage ist eine freiwillige Rücklage nach § 15 Abs. 3 Satz 2 Finanzstatut alte Fassung und beträgt 17,8 % der o.g. Bezugsgröße. Sie dient zur Aufrechterhaltung einer ordentlichen Kassenwirtschaft ohne Inanspruchnahme von Krediten und ist gemäß § 24 Finanzstatut bis spätestens zum 31. Dezember 2018 zu verwenden. Daneben wurden Rücklagen für die Absicherung von Bürgschaften, für den Erwerb einer Immobilie, für die Instandhaltung und Modernisierung der Gebäude Kurfürstenstr. 9 und Gobietstr. 13 in Kassel gebildet. Weiterhin bestehen Rücklagen zur Finanzierung der IHK-Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung und zur Finanzierung zukünftiger IHK-Projekte.

B. Sonderposten

Für die im Zusammenhang mit der Erweiterung (1988-1990) des Fortbildungszentrums der IHK in Kassel, Gobietstr. 13, erhaltenen Investitionszuschüsse sind Sonderposten gebildet worden. Diese Sonderposten werden in Höhe der auf den Zeitraum der verbliebenen Zweckbindungsfrist entfallenden Beträge angesetzt und gleichmäßig über den Zeitraum der restlichen Zweckbindungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände erfolgswirksam aufgelöst.

C. Rückstellungen

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck berechnet. Sie wurden pauschal mit dem von der deutschen Bundesbank zum 31. Dezember 2014 festgestellten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 4,53 % (31.12.2013 4,88 %).

Weiterhin erfolgte die Bewertung unter Berücksichtigung von Gehalts- und Rententrends. Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurden jährliche Gehaltssteigerungen von 2,2 % und Rentensteigerungen von 1,2 % unterstellt.

2. Steuerrückstellungen

Das Finanzamt Kassel hat Ende 2013 und 2014 Steuerbescheide für Umsatz-, Gewerbe- und Körperschaftsteuer der Jahre 2007 und 2008 aufgrund einer Schätzung erlassen. Gegen diese Bescheide wurden Einsprüche eingelegt, deren Entscheidung seitens des Finanzamtes noch ausstehen. Nach Auffassung des Finanzamtes begründet die Überlassung des Anzeigengeschäfts des IHK-Magazins „Wirtschaft Nordhessen“ an den herstellenden Verlag im Tausch gegen die Befreiung von den Druck- und Vertriebskosten einen Betrieb gewerblicher Art. Sofern das Finanzamt nicht von seiner Rechtsauffassung abweicht und weiterhin von einem Betrieb gewerblicher Art ausgeht, muss mit dem Risiko von Steuernachzahlungen für die Jahre ab 2007 gerechnet werden. Aus Vorsichtsgründen wurden Rückstellungen für Umsatz-, Gewerbe- und Körperschaftsteuernachzahlungen der Jahre 2007 bis 2014 gebildet. Der Bilanzansatz entspricht dem Ergebnis der Prognoseberechnung einer Steuerberatungsgesellschaft.

3. Sonstige Rückstellungen

Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in Höhe des Betrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung der Verpflichtungen notwendig ist (§ 253 Abs. 1 Satz 2 HGB). Sie berücksichtigen neben allen erkennbaren Risiken auch künftige Preis- und Kostensteigerungen. Sie enthalten im Wesentlichen Vorsorge für Risiken und Verpflichtungen für Personal-/Personalnebenkosten (Beihilfen, Altersteilzeit, Resturlaub, Überstunden, Sonderzuwendungen), für ausstehende Rechnungen, Prüferentschädigungen und Rechts- und Beratungskosten sowie für Jahresabschlussarbeiten.

Die Beihilfeverpflichtungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den im Dezember 2014 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 4,53 % (31.12.2013 4,88 %). Weiterhin wurden bei der Ermittlung der Beihilferückstellung Kostensteigerungen von jährlich 1,2 % unterstellt. Die Beihilferückstellungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck berechnet.

Die Altersteilzeitverpflichtung wurde mit einem zur Restlaufzeit des Altersteilzeitvertrags fristenadäquaten Marktzins gem. § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Dieser beträgt zum 31. Dezember 2014 für eine 2-jährige Restlaufzeit 2,90 % (31.12.2013: Zinssatz für eine 3-jährige Restlaufzeit 3,59 %). Weiterhin wurde bei der Ermittlung der Altersteilzeitrückstellung eine jährliche Gehaltssteigerung von unverändert 2,0 % unterstellt.

Die Rückstellungen für Sonderzuwendungen (Arbeitsjubiläen, besondere Geburtstage, Renteneintritt) wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den im Dezember 2014 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 4,53 % (31.12.2013 4,88 %). Bei der Ermittlung der Rückstellungen wurden Gehaltssteigerungen von jährlich 2,1 % (31.12.2013 2,2 %) unterstellt. Die Rückstellungen für Sonderzuwendungen wurde nach der PUC-Methode (Projected Unit Credit Method) unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck berechnet.

Die Rückstellungen für Überstunden und Resturlaub wurden – bezogen auf die Berechnungsbasis pro Arbeitstag bzw. -stunde – auf Grundlage der individuellen Werte für jeden Beschäftigten berechnet und setzen sich aus einem Gehaltsanteil und dem Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung zusammen.

Bei der Berechnung der Dokumentationsverpflichtungen gem. § 249 HGB für Aufbewahrungsfristen gem. §§ 257 HGB, 147 AO wurde von einer Aufbewahrungsfrist von 10 Jahren ausgegangen. Der abgezinste Erfüllungsbetrag ergibt sich unter Rückgriff auf den Zinssatz für das jeweilige Jahr gem. § 253 Abs. 2 HGB und einer jährlichen 2 %-igen Kostensteigerung.

D. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die sonstigen Verbindlichkeiten stellen Verpflichtungen aus gegenüber der IHK erfüllten Verträgen dar, bei denen die Zahlung für die empfangene Lieferung oder Leistung von der IHK noch nicht erbracht wurde. Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

E. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Passivseite Einnahmen vor dem Stichtag der Bilanz ausgewiesen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände betreffen überwiegend entgeltlich erworbene Softwarelizenzen. Diese sind mit dem Restbuchwert zum 31. Dezember 2014 in Höhe von 133.302,00 € bewertet.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Softwarelizenzen in Höhe von 81.364,86 € angeschafft. Darunter wurden Lizenzen für Anwendersoftware für 49.381,44 € und ein Upgrade bzw. Erweiterungsmodul der Individualsoftware „Dokumentenmanagementsystem“ für 25.868,22 € angeschafft.

Zum 31. Dezember 2014 wurden nicht mehr benutzte und veraltete Softwarelizenzen mit historischen Anschaffungskosten in Höhe von 88.080,52 € als Anlagenabgänge gebucht. Die Vermögensgegenstände waren zum Zeitpunkt des Anlagenabgangs voll abgeschrieben.

II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken

Es ergeben sich folgende Restbuchwerte:

- Grundstück und Gebäude Kurfürstenstr. 9 5.673.982,00 €
- Grundstück und Gebäude Gobietstr. 13 (inkl. Wohnhaus) 1.979.285,25 €

Die Restnutzungsdauer der einzelnen Gebäude zum 31. Dezember 2014 beträgt zwischen 25 und 70 Jahre. Die Zugänge in Höhe von 15.510,77 € betreffen zum einen die Erweiterung der Schließanlage im Gebäude Kurfürstenstr. 9 (11.486,30 €) und zum anderen wurden in den Büroräumen Jalousien als Sonnenschutz nachgerüstet.

2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Es ergeben sich folgende Restbuchwerte:

• Kunstgegenstände	128.380,00 €
• Büromaschinen, Organisationsmittel, EDV-Hardware	9.621,00 €
• Büromöbel und sonstige Geschäftsausstattung	34.982,00 €
• Sonstige Anlagen, Maschinen und Geräte	3.247,00 €
• GWG Sammelposten 2008	40,00 €
• GWG Sammelposten 2009	56,00 €
• GWG Sammelposten 2010	60,00 €
• GWG Sammelposten 2011	10.016,00 €
• GWG Sammelposten 2012	18.888,00 €
• GWG Sammelposten 2013	17.388,00 €
• GWG Sammelposten 2014	11.199,00 €

Die Zugänge in Höhe von 27.861,83 € betreffen zum einen den Austausch und die Neuanschaffung von Büroausstattungen und -einrichtungen (14.969,13 €) und zum anderen wurde die Audioanlage im Sitzungssaal nachgerüstet bzw. erweitert (5.790,78 €). Weiterhin wurde für die revisionssichere E-Mail- Archivierung EDV-Hardware für 7.101,92 € angeschafft.

Zum 31. Dezember 2014 wurden nicht mehr benutzte und veraltete Büromaschinen etc. mit historischen Anschaffungskosten in Höhe von 36.125,23 € als Anlagenabgänge gebucht. Hierbei sind 224,00 € an Verlusten aus dem Abgang der Vermögensgegenstände entstanden.

3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

In 2013 konnte die Erweiterung der Schließanlage nicht vollständig fertiggestellt werden. Die Fertigstellung und die Inbetriebnahme erfolgte Anfang 2014. Die zum 31. Dezember 2013 als Anlagen im Bau aktivierten erbrachten Leistungen (4.542,23 €) wurden auf das Gebäude Kurfürstenstr. 9 als selbstständige Gebäudeeinrichtung umgebucht.

III. Finanzanlagen

3. Beteiligungen

Von der Bewertung der Beteiligungen in Höhe des anteiligen Stammkapitals wird in zwei Fällen abgewichen.

Die Beteiligung an der BZ Bildungszentrum Kassel GmbH (BZ Kassel GmbH), an der die IHK seit 2007 (HR-Anmeldung vom 07. September 2007, Gesellschafteranteils- und Abtretungs-urkunde vom 02. August 2007) einen Stammkapitalanteil von 60.000 € hält, ist unverändert mit einem Erinnerungswert von 1 € angesetzt.

Bis 2011 wies die BZ Kassel GmbH in ihren Jahresabschlüssen ein negatives Eigenkapital auf, weshalb die Beteiligung mit einem Erinnerungswert von 1 € angesetzt wurde. Im Geschäftsjahr 2012 hat die Gesellschafterin BBZ Berufsbildungszentrum Marburg gGmbH (BBZ Marburg gGmbH) auf die Rückzahlung eines im Jahr 2008 zur Verfügung gestellten Darlehens in Höhe von 500 T€ in Form eines Ertragszuschusses verzichtet. Dadurch konnte erstmals zum 31. Dezember 2012 ein positives Eigenkapital ausgewiesen werden. Auch im Geschäftsjahr 2013 konnte durch den weiteren Rückzahlungsverzicht eines von der Gesellschafterin BBZ Marburg gGmbH zur Verfügung gestellten Darlehens und aufgrund eines Mitte 2014 endenden Sondervertrages eines Qualifizierungsprojekts erzielten Erlössteigerung eine weitere positive Entwicklung des Eigenkapitals verzeichnet werden. Von einer Wertaufholung nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wurde zum 31. Dezember 2014 trotzdem abgesehen, da die positive Entwicklung des Eigenkapitals der BZ Kassel GmbH auf Sondereffekte zurückzuführen ist. Sofern sich die Ertrags- und Vermögenslage der BZ Kassel GmbH in den folgenden Jahren stabilisiert, wird die Wertaufholung in Form einer Zuschreibung im Jahresabschluss der IHK realisiert.

Im Falle der Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH (FIDT GmbH), an der die IHK einen Stammkapitalanteil von 11.000 € hält, sind auch die in den Jahren 2001 bis 2004 gezahlten Kapitaleinlagen von insgesamt 64.763,64 € aktiviert. Bei einer späteren Rückzahlung der Gesellschafteranteile oder einer eventuellen Liquidation stehen gemäß Gesellschafterbeschluss vom 26. April 2000 den Gesellschaftern, die die Einlagen geleistet haben, unabhängig vom jeweiligen Beteiligungsverhältnis in der Gesellschaft, die Kapitaleinlagen zu, die sie geleistet haben.

Beteiligungsübersicht:

• BBZ Berufsbildungszentrum Marburg gGmbH	13.000,00 € (33,33 %)
• BZ Berufsbildungszentrum Kassel GmbH	1,00 € (10,00 %)
• Bürgschaftsbank Hessen GmbH	39.550,98 € (1,65 %)
• FIDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH	75.763,64 € (19,82 %)
• IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung GmbH	9.450,00 € (0,95 %)
• MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH	29.722,19 € (2,82 %)
• Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	2.027,00 € (8,11 %)
• Regionalmanagement Nordhessen GmbH	15.000,00 € (30,00 %)
• Uni Kassel International Management School KIMS GmbH	2.400,00 € (9,60 %)
• Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Hersfeld-Rotenburg mbH	10.250,00 € (16,02 %)
• Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH	7.420,00 € (10,29 %)
• Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH	10.400,00 € (19,32 %)
• Wirtschaftsförderung und Regionalmanagement Waldeck-Frankenberg GmbH	1.000,00 € (2,00 %)

4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Ausleihungen betreffen ein Darlehen an die Bürgschaftsbank Hessen GmbH mit 7.243,95 € (Zinssatz 2,5 %) und ein Darlehen an die MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH mit 31.491,39 € (Zinssatz 5 % p.a.). Das Darlehen an die Bürgschaftsbank Hessen GmbH hat sich zum 31. Dezember 2014 durch die fristgerechte Rückzahlung der ersten Tranche entsprechend dem Darlehensvertrag um 10.865,92 € reduziert. In 2015 wird die zweite und letzte Tranche zur Rückzahlung fällig. Das an die MBG H mbH gewährte Darlehen läuft bis zum 30. Dezember 2022.

5. Wertpapiere und Festgelder des Anlagevermögens

Die Wertpapiere des Anlagevermögens weisen zum 31. Dezember 2014 einen Wert von 0,00 € auf. Lediglich die auf 0,00 € abgeschriebene Anleihe der Kaupthing Bank befindet sich noch im Depotbestand.

Bei dem Wertpapier "Kaupthing Bank HF.NT.V.05 27.M/J/S/D" (Rating zum Zeitpunkt des Kaufes – „Moody´s“: A1 und zum 31. Dezember 2014 – ohne Rating) handelt es sich um eine sog. Tier 1- bzw. nachrangige Anleihe. Nachdem die Bank 2008 in eine finanzielle

Schiefelage geraten ist, stellte der isländische Einlagensicherungsfonds am 31. Oktober 2008 die Zahlungsunfähigkeit fest. Die Anleihe der Kaupthing Bank wurde zum 31. Dezember 2008 auf einen Wert von 0,00 € abgeschrieben. Trotz der geringen Wahrscheinlichkeit einer Rückzahlung wurde in 2009 bei dem Kaupthing Winding Up Committee (Insolvenzverwalter) der Nennbetrag nebst entgangenen Zinsen als Forderung angemeldet. In 2010 wurden die angemeldeten Ansprüche von dem Kaupthing Winding Up Committee als unsichere Forderung mit nachrangiger Zahlungsverpflichtung eingruppiert bzw. festgestellt, sodass davon auszugehen ist, dass die angemeldeten Ansprüche nicht realisiert werden können. Die Wertpapiere werden bis zur endgültigen Abwicklung des Liquidationsverfahrens durch das Kaupthing Winding Up Committee im Depotbestand geführt.

Die Festgelder des Anlagevermögens (17.427.193,08 €) dienen vorrangig der finanziellen Unterlegung der Ausgleichs- und Liquiditätsrücklage sowie der anderen Rücklagen. Die Festgelder und die Zuwachssparkonten sind gemäß der Richtlinie für Geldanlagen bei regionalen Banken und Kreditinstituten angelegt. Die Verzinsung der Festgeldanlagen des Anlagevermögens beträgt durchschnittlich 1,31 %. Die Geldanlagen des Umlaufvermögens werden mit durchschnittlich 0,27 % verzinst.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (133.065,82 €) betreffen EDV- und Büromaterial (37.582,63 €), Toner (2.224,36 €), Formulare (3.652,90 €), Prüfungsaufgaben (70.492,15 €), Drucksachen für den Wiederverkauf, Ehrenurkunden und Zeugnisse (10.538,10 €), Bewirtungsvorrat (1.601,89 €) sowie Geschenkartikel (6.973,79 €).

Die unfertigen Leistungen sind mit 1.052.315,64 € bilanziert.

Die geleisteten Anzahlungen belaufen sich auf 9.471,80 €

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen (1.200.421,58 €) betreffen:

• Forderungen aus Beiträgen	1.008.060,30 €
• Forderungen aus Gebühren	110.624,99 €
• Forderungen aus Entgelten	15.476,98 €
• Forderungen aus sonstigen Lieferungen und Leistungen	63.607,24 €
• Beitragsansprüche aus der Pro-Forma-Veranlagung	2.652,07 €

Die Wertberichtigungen auf Forderungen ohne Pro-Forma-Veranlagung (264.971,89 €) verteilen sich mit 262.514,67 € auf Beiträge und mit 2.457,22 € auf Gebühren und Entgelte. Forderungen des Bescheidjahres 2014 wurden mit 0 % (HR) bzw. 10 % (KGT), die des Bescheidjahres 2013 mit 70 % (HR) bzw. 90 % (KGT) und die der übrigen Vorjahre einheitlich mit 100 % wertberichtigt.

3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Forderungen (19.486,05 €) betreffen die von der BZ Bildungszentrum Kassel GmbH, der FIDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH, der Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH, der MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, der Bürgschaftsbank Hessen GmbH, noch nicht beglichenen Rechnungen für verschiedene Lieferungen und Leistungen.

4. Sonstige Vermögensgegenstände

Es handelt sich um:

• Forderungen aus Wertpapierzinsen (Zinsabgrenzung)	42.946,14 €
• Öffentliche Zuschüsse	23.603,25 €
• Debitorische Kreditoren	9.706,14 €
• Forderungen an Bedienstete der IHK	2.387,06 €
• Forderungen an Finanzamt aus Umsatzsteuererstattung 2014	1.088,30 €
• Lohn- und Gehaltvorschüsse	1.000,00 €
• Forderungen an die Künstlersozialkasse	24,08 €

Die Forderungen aus öffentlichen Zuschüssen in Höhe von 23.603,25 € resultieren aus dem geförderten Beratungsprogramm „unternehmensWert: Mensch“ und dem im Rahmen des

europäischen Erasmus⁺ Förderprogramms durchgeführten Malaga-Projektes, die beide erst nach dem 31. Dezember 2014 zur Auszahlung kommen.

IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Die flüssigen Mittel (2.291.070,24 €) umfassen:

• Kurzfristige Fest-/Tagegelder	1.856.141,65 €
• Kontokorrentguthaben bei Kreditinstituten	430.336,09 €
• Kassenbestände	4.167,67 €
• Guthaben Postwertzeichen (Frankiermaschinen)	424,83 €

C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (26.824,79 €) setzen sich zusammen aus in 2014 für 2015 erhaltene bzw. bezahlte Rechnungen für Leasing, Lizenzgebühren, Gebäudeversicherung etc.

Passiva

A. Eigenkapital

I. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage beläuft sich auf 3.155.759,54 €

II. Ausgleichsrücklage

Die Ausgleichsrücklage beträgt 7.300.000,00 €

III. Andere Rücklagen

Aus der Liquiditätsrücklage wurde der sich als Saldo aus dem tatsächlichen Jahresfehlbetrag, nach Verrechnung des Gewinnvortrages 2013 und den Entnahmen aus den zweckge-

bundenen Rücklagen ergebene Betrag in Höhe von 2.823.726,32 € entnommen. Die Liquiditätsrücklage beläuft sich damit auf 2.796.124,16 €

Die Rücklage zur Absicherung der mit den Ausfallbürgschaften für die Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH (FIDT GmbH) verbundenen Risiken beläuft sich auf 418.169,81 € und hat sich um 69.790,83 € durch Entnahmen reduziert. In 1996 hat die IHK eine Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Stadt Kassel in Höhe von maximal 971.454,57 € im Zusammenhang mit der Aufnahme von öffentlichen Darlehen durch die FIDT GmbH zum Zwecke des Grundstückserwerbs und der Errichtung des Technologie- und Gründerzentrums übernommen. Die Bürgschaft dient zur Absicherung öffentlicher Mittel, die das Land Hessen (rund 4,29 Mio. €) auf Darlehensbasis der Stadt Kassel als Hauptgesellschafter zur Finanzierung des Vorhabens neben EU-Zuschüssen (rund 2,25 Mio. €) bereitstellt. Zur Absicherung der 2. Baustufe wurde von der Vollversammlung am 10. März 2000 zu Gunsten der Stadt Kassel eine weitere Ausfallbürgschaft in Höhe von maximal 715.808,63 € genehmigt. Damit betragen die ursprünglichen Bürgschaftsverpflichtungen 1.687.263,20 €. Aufgrund der Zweckbindung der Bürgschaftserklärungen an die Tilgung hat sich der verbürgte Betrag zum 31. Dezember 2014 auf 418.169,81 € ermäßigt. Die Ausfallgarantie wird nur dann wirksam, wenn die FIDT GmbH zahlungsunfähig wird und aus der Verwertung des Grundstücks die abgesicherte Darlehenssumme nicht erlöst werden kann.

Die Rücklage für den Erwerb einer Immobilie beläuft sich unverändert auf 1.000.000,00 € und dient der Mitfinanzierung eines möglichen Erwerbs von Grundbesitz in Marburg für die Einrichtung einer IHK-Geschäftsstelle.

Die IHK hat in 2003 zur Absicherung eines Kontokorrentkredits der Kasseler Bank zu Gunsten der BZ Bildungszentrum Kassel GmbH in Höhe von 300.000 € eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von 300.000,00 € gegeben. Die Rücklage BZ GmbH diente der Absicherung dieser gegebenen Bürgschaft. Zum 31. Dezember 2014 ist die Rücklage in Höhe von 300.000 € durch Entnahme aufgelöst worden. Dieses begründet sich in der Rückgabe der Bürgschaft, da diese aufgrund der positiven Liquiditätsentwicklung der BZ GmbH ihrerseits nicht mehr benötigt wird.

Die Rücklage für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Gebäude Kurfürstenstr. 9 und Gobietstr. 13 hat sich durch Entnahmen für die Sanierung der 3. Etage (156.976,01 €) und für die notwendige Sanierung der Natursteinfassade (256.290,26 €) des Gebäudes Kurfürstenstr. 9 verringert. Weiterhin wurde die Heizungsanlage des Gebäudes Gobietstr. 13 für 126.237,92 € erneuert und aus der Rücklage entnommen. Zum 31. Dezember 2014 beläuft sich die Rücklage auf 2.311.365,79 €

Weiterhin wurde aus der Rücklage zur Finanzierung der im Zeitraum 2011 bis 2015 (Verlängerung gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 18. September 2012) durchzuführenden IHK-Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung ein Betrag in Höhe von 204.623,00 € entnommen, der unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Abschreibungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen ist. Die Rücklage beläuft sich auf 601.369,77 €.

Die zur Absicherung von zukünftigen Projekten (z.B. Tourismus- und Infrastrukturprojekte) der IHK in 2010 gebildeten Rücklage beläuft sich unverändert auf 1.000.000 €.

IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust

Der Bilanzgewinn 2013 (82.077,11 €) wurde gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 07. Oktober 2014 auf neue Rechnung vorgetragen. Zum 31. Dezember 2014 ist dieser vor den Rücklagenentnahmen gegen den ausgewiesenen Jahresfehlbetrag verrechnet worden.

B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Die Zuschüsse wurden vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung für die Erweiterung (1988-1990) des Fortbildungszentrums in Kassel-Waldau, Gebietstr. 13, gewährt. Für die Erweiterung (1988-1990) betragen die gewährten Zuschüsse 531.743,56 €. Durch die Inanspruchnahme der Investitionszuschüsse ist eine ausschließliche Nutzung der Räumlichkeiten für Zwecke der überbetrieblichen beruflichen Bildung und Fortbildung sowie Umschulung vorgeschrieben. Diese Zweckbindungsfrist läuft am 31. Mai 2015 ab.

Die Auflösung der Sonderposten orientiert sich an der Zweckbindungsdauer. In 2014 wurde der Sonderposten ertragswirksam um 10.551,24 € gekürzt.

Der Sonderposten beträgt 4.396,34 €.

C. Rückstellungen

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Hierbei handelt es sich um:

- Verpflichtungen für laufende Pensionsfälle 5.046.394,00 €

- Verpflichtungen für unverfallbare Anwartschaften 3.422.288,00 €

Die Verpflichtungen für die unverfallbaren Anwartschaften haben sich um 300.129,00 € und die Verpflichtungen für laufende Pensionsfälle um 91.043,00 € erhöht.

2. Steuerrückstellungen

Für die – wegen der Aufgabe des Betriebes gewerblicher Art “Verpachtungsbetrieb ehemalige Akademie der Wirtschaft“ zum 31. März 2007 – möglicherweise auf den Aufgabegewinn noch anfallenden Gewerbesteuernachzahlungen wurde eine Rückstellung in Höhe von 70.000,00 € gebildet. Die Festsetzungsfrist für die Gewerbesteuer ist zum 31. Dezember 2014 abgelaufen. Die Rückstellung für die Nachzahlung in Höhe von 70.000,00 € ist erfolgswirksam unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst worden.

Weiterhin sind seitens des Finanzamtes Kassel Ende 2013 und 2014 Steuerbescheide für Umsatz-, Gewerbe- und Körperschaftsteuer der Jahre 2007 und 2008 aufgrund einer Schätzung erlassen worden, die sich auf das Anzeigengeschäft des IHK-Magazins „Wirtschaft Nordhessen“ beziehen. Gegen diese Bescheide wurden Einsprüche eingelegt, deren Entscheidung seitens des Finanzamtes noch ausstehen. Sofern das Finanzamt nicht von seiner Rechtsauffassung abweicht und weiterhin von einem Betrieb gewerblicher Art ausgeht, muss mit dem Risiko von Steuernachzahlungen für die Jahre ab 2007 gerechnet werden. Aus Vorsichtsgründen wurden gemäß den Berechnungen einer Steuerberatungsgesellschaft Rückstellungen für Umsatz-, Gewerbe- und Körperschaftsteuernachzahlungen der Jahre 2007 bis 2014 in Höhe von 487.000 € gebildet.

3. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen (1.921.445,14 €) gliedern sich wie folgt auf:

- Beihilfen 607.810,00 €
- Sonderzuwendungen für Arbeitsjubiläen, besondere Geburtstage,
Renteneintritt 322.190,00 €
- Altersteilzeit 260.395,00 €
- Resturlaub 162.674,79 €
- Dokumentationsverpflichtung gem. § 249 HGB 162.100,00 €
- Zinsen gem. § 233a AO 113.000,00 €
- Überstunden 100.402,51 €
- Ausstehende Rechnungen 77.572,74 €

• Jahresabschlussarbeiten	60.300,10 €
• Beiträge Berufsgenossenschaft	33.400,00 €
• Rechts- und Beratungskosten	17.100,00 €
• Ausstehende Prüferentschädigungen	4.500,00 €

Die Rückstellung für Zinsen gem. § 233a AO beziehen sich auf die unter Punkt 2 erläuterten Steuernachzahlungen der Jahre 2007 bis 2014. Die Rückstellung für Rechts- und Beratungskosten bezieht sich auf Kosten, die durch anhängige Verfahren verursacht werden können und begründet sich auf Prognoseberechnungen der Rechtsanwälte.

D. Verbindlichkeiten

	mit einer Restlaufzeit von			Gesamt- betrag
	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	
3. Verbindlichkeiten aus L + L	488.607,66 €	1.560,81 €		490.168,47 €
5. Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, m. d. ein Beteiligungsverhältnis besteht	33.443,57 €			33.443,57 €
6. Sonstige Verbindlichkeiten	251.293,18 €			251.293,18 €
Summe	773.344,41 €	1.560,81 €		774.905,22 €

3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten betragen 490.168,47 €.

5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Verbindlichkeiten belaufen sich auf 33.443,57 € und betreffen die BBZ Berufsbildungszentrum Marburg gGmbH, IHK-Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH.

6. Sonstige Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten betragen 251.293,18 €.

Sie umfassen:

• Kreditorische Debitoren	119.207,04 €
• Verbindlichkeiten aus einbehaltener Lohn- und Kirchensteuer	103.333,43 €
• Verbindlichkeiten gegenüber dem Begabtenförderungswerk	11.597,41 €
• Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuerzahllast	9.748,01 €
• Verbindlichkeiten gegenüber IHK-Mitarbeitern	5.200,81 €
• Rückzahlungsverpflichtungen aus der Pro-Forma-Veranlagung	2.206,48 €

Die IHK unterhält bei ihrer Geschäftstätigkeit einen umsatzsteuerpflichtigen Betrieb gewerblicher Art. Durch die Abgabe der Steuererklärungen für das Jahr 2013 ergeben sich Umsatzsteuernachzahlungen von 8.436,96 €. Diese werden als sonstige Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuerzahllast ausgewiesen.

E. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (11.580,71 €) setzen sich zusammen aus in 2014 für 2015 fakturierten Berufsausbildungsgebühren.

V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Erträge aus IHK-Beiträgen

IST 2014	8.288 T€
Plan 2014	8.291 T€
IST 2013	10.566 T€

Die Erhebung der Beiträge erfolgte auf der Grundlage der Wirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2014. Danach wurden die Beiträge im Rahmen der Gegenwartsveranlagung mittels Vorauszahlungen (vorläufige Veranlagung auf der Basis des letzten der IHK bekannten Gewerbeertrags beziehungsweise Gewinns aus Gewerbebetrieb) und Abrechnungen erhoben. Die Beitragserträge setzen sich zusammen aus den Grundbeiträgen und Umlagen. Die Beiträge (Grundbeitrag und Umlage) für das Geschäftsjahr 2014 wurden im Vorjahresvergleich um 30 % gesenkt.

Insgesamt liegen die Beitragserträge auf dem Planniveau. Sie setzen sich zusammen aus:

- 5.763 T€ für die Veranlagung des laufenden Jahres (2.366 T€ Grundbeiträge, 3.397 T€ Umlagen) und
- 2.525 T€ für die Veranlagung von Beiträgen aus Vorjahren (137 T€ Grundbeiträge, 2.388 T€ Umlagen).

Mehrerträge haben sich geringfügig bei den Beitragserträgen für Vorjahre (2.525 T€ gegenüber Plan 2.507 T€), Mindererträge bei den Beitragserträgen des laufenden Jahres (5.763 T€ gegenüber Plan 5.784 T€) ergeben.

Die Beitragserträge für Vorjahre sind gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 333 T€ gestiegen. Dies ist hauptsächlich auf erhöhte Beitragserträge aus Umlagen für Vorjahre (2.388 T€ gegenüber Vorjahr 2.016 T€) zurückzuführen. Die Grundbeiträge aus Vorjahren sind dagegen um 39 T€ auf 137 T€ gesunken (Vorjahr 176 T€).

Der Rückgang der Beitragserträge aus Grundbeiträgen und Umlagen für das laufende Jahr beträgt 2.611 T€ (5.763 T€ gegenüber Vorjahr 8.374 T€). Dabei hat sich die für 2014 beschlossene 30 %-ige Beitragssenkung bei den Beitragserträgen des laufenden Jahres allein mit 2.470 T€ reduzierend ausgewirkt.

Der Rückgang der Gesamterträge aus IHK-Beiträgen ist somit hauptsächlich auf die 30 %-ige Beitragssenkung für Beiträge des laufenden Jahres zurückzuführen. Ohne Beitragssenkung lägen die Beitragseinnahmen rund 192 T€ über dem Vorjahreswert in Höhe von 10.566 T€

2. Erträge aus Gebühren

IST 2014	2.046 T€
Plan 2014	1.988 T€
IST 2013	2.162 T€

Der größte Anteil an den Erträgen entfällt auf Gebühren, die für die Eintragung und Betreuung eines Ausbildungsverhältnisses erhoben werden (1.169 T€). Weitere Gebührentatbestände sind Weiterbildungsprüfungen, Sach- und Fachkundeprüfungen, Unterrichtsverfahren und die Beglaubigungstätigkeit.

Die Planansätze wurden um 58 T€ übertroffen. Dieses Plus ist hauptsächlich zurückzuführen auf:

- Berufliche Ausbildung und Umschulung (1.173 T€ gegenüber Plan 1.138 T€)
- Ursprungszeugnisse, Bescheinigungen und Zweitschriften (130 T€ gegenüber Plan 117 T€)

Dem stehen hauptsächlich die Unterschreitung des Planwertes der Erträge aus Mahn- und Widerspruchsgebühren sowie Bußgelder (70 T€ gegenüber Plan 82 T€) und der Erträge aus Sachkundeprüfungen der Finanzanlagenvermittler (54 T€ gegenüber Plan 60 T€) gegenüber.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Erträge aus Gebühren um 116 T€ gesunken. Im Wesentlichen lässt sich die Verringerung durch die in 2013 erstmals erhobenen Gebühren für die Registrierung und die Durchführung der Sachkundeprüfung der Finanzanlagenvermittler (15 T€ gegenüber Vorjahr 163 T€) begründen.

3. Erträge aus Entgelten

IST 2014	287 T€
Plan 2014	286 T€
IST 2013	328 T€

Erträge aus Entgelten erzielt die IHK aus entgeltpflichtigen Serviceleistungen, wie z.B. dem Formularverkauf, Seminar- und Informationsveranstaltungen, Verkauf von Zertifikatslehrgängen und aus der Weiterbelastung von Kosten für die Übernahme von Prüfungsteilnehmern aus anderen IHK-Bezirken.

Insgesamt liegen die Erträge aus Entgelten auf dem Planniveau.

Mehrerträge ergaben sich bei den Verkaufserlösen aus Formularen, Drucksachen (10 T€ gegenüber Plan 7,5 T€) und aus Ehren- und Registrierungsurkunden (18 T€ gegenüber Plan 14 T€). Demgegenüber haben sich die Erträge aus Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen sowie aus der Übernahme von Prüfungsteilnehmern aus anderen IHK-Bezirken verringert (250 T€ gegenüber Plan 256 T€).

Im Vorjahresvergleich reduzierten sich die Erträge aus Entgelten um 41 T€. Dies ist hauptsächlich auf niedrigere Erlöse aus Seminaren, Tagungen und Symposien und geringeren Entgelten aus Zertifikatslehrgängen zurückzuführen.

4. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Leistungen

IST 2014	-26 T€
Plan 2014	0 T€
IST 2013	-16 T€

Dieser Posten betrifft die erbrachten, aber noch nicht fakturierten Leistungen in der Berufsausbildung (Berufsausbildungsgebühren). Die Gebühren für die Eintragung und Betreuung der Ausbildungsverhältnisse sind zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Abschlussprüfung zu erheben.

6. Sonstige betriebliche Erträge

IST 2014	840 T€
Plan 2014	687 T€
IST 2013	873 T€

Mit 183 T€ bilden die Erträge aus Erstattungen von Sachmittel- und Personalgestellung, mit 144 T€ die Rückvergütungen für Versorgungsbezüge, die Erträge aus Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln zur Teilfinanzierung von Projekten mit 54 T€ sowie die Mieterlöse inkl. Nebenkosten mit 182 T€ über die Hälfte der gesamten sonstigen betrieblichen Erträge. Weiterhin resultieren die Erträge hauptsächlich aus der Auflösung von Rückstellungen mit 100 T€, Sonderposten mit 11 T€, Sachbezügen mit 43 T€ sowie periodenfremden Erträgen mit 48 T€.

Weiterhin konnten 35 T€ als Erträge aus durchgeführten Projekten, wie z.B. Malaga, „Forscherkids“ und vitale Innenstädte erzielt werden.

Die Überschreitung des Planwertes resultiert im Wesentlichen aus den nicht planbaren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen.

7. Materialaufwand

IST 2014	2.009 T€
Plan 2014	1.842 T€
IST 2013	1.738 T€

Unter dem Materialaufwand werden die Aufwendungen erfasst, die im Zusammenhang mit der Leistungserstellung der IHK stehen. Sie untergliedern sich in Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren und Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 100 T€ gliedern sich in Aufwendungen für Prüfungsmittel (48 T€), Broschüren und sonstiges Schrifttum zur Weitergabe (20 T€), Vordrucke, Formulare und Urkunden (19 T€) sowie Bewirtungsvorrat (13 T€) auf.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 1.908 T€ setzen sich im Wesentlichen aus Prüferentschädigungen (912 T€), Aufgabensätzen (490 T€), Aufwendungen für die Abgabe von Prüflingen an andere IHK-Bezirke (117 T€), sonstige Fremdleistungen für die IHK-Leistungserstellung (112 T€), Honoraren und Reisekosten für Dozenten (104 T€), Bewirtungskosten (83 T€) sowie Raummieten (66 T€) zusammen.

Der Planwert wurde um 167 T€ oder 9,0 % überschritten. Dies resultiert im Wesentlichen aus nachfolgend aufgeführten Mehraufwendungen:

- Prüferentschädigungen (912 T€, gegenüber Plan 788T€)
- Aufgabensätze (490 T€, gegenüber Plan 441 T€)
- Sonstige Fremdleistungen für die IHK-Leistungserstellung (112 T€, gegenüber Plan 88 T€)

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Materialaufwand um 271 T€ höher. Im Wesentlichen lässt sich der Mehraufwand durch höhere Aufwendungen für Prüferentschädigungen (912 T€, gegenüber Vorjahr 794 T€), Aufgabensätze (490 T€, gegenüber Vorjahr 444 T€) und die Honorare und Reisekosten Dozenten (104 T€, gegenüber Vorjahr 73 T€) begründen.

8. Personalaufwand

IST 2014	7.308 T€
Plan 2014	7.390 T€
IST 2013	7.311 T€

Zum 31. Dezember 2014 waren 113 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter festangestellt, die einer Kapazität von 94,3 Personenjahren entsprechen. Außerdem wurden 8 Auszubildende beschäftigt.

Der Personalaufwand liegt insgesamt um 82 T€ oder 1,1 % unter dem Planansatz. Die Gehaltsaufwendungen (5.314 T€) liegen um 50 T€ unter dem Planwert (5.364 T€). Hierunter sind, neben den Vergütungen der IHK-Mitarbeiter (5.144 T€), auch Aufwendungen für Sachbezüge (43 T€), Vermögenwirksame Leistungen (28 T€), Prämienzahlungen für besondere Leistungen der Mitarbeiter (23 T€) sowie Aufwendungen für erbrachte Mehrarbeit (12 T€) enthalten. Weiterhin wurden 29 T€ für freiwillige Sozialleistungen aufgrund der Dienstvereinbarung ausgegeben.

Weiterhin sind die Veränderungen der Rückstellungen für geleistete Überstunden und nicht genommenen Urlaub mit 15 T€, Dienstjubiläen mit 26 T€ und Altersteilzeit mit -21 T€ berücksichtigt.

Die Aufwendungen für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung (1.994 T€) unterschreiten den Planansatz um 31 T€ und beinhalten Sozialversicherungsbeiträge (907 T€, gegenüber Plan 923 T€), Beiträge für Zusatzversicherungen der Mitarbeiter (440 T€, gegenüber Plan 450 T€), Beiträge an Ruhegehaltskassen und Versorgungseinrichtungen (457 T€, gegenüber Plan 460 T€) und Veränderungen der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen und Beihilfeleistungen (106 T€, gegenüber Plan 98 T€).

Die Personalaufwendungen liegen insgesamt auf dem Niveau des Vorjahres, wobei sich die Gehaltsaufwendungen um 15 T€ erhöhten. Die Aufwendungen für soziale Abgaben und Aufwendungen zur Unterstützung liegen hingegen 18 T€ unter dem Vorjahreswert.

9. Abschreibungen

IST 2014	256 T€
Plan 2014	265 T€
IST 2013	235 T€

Es wurden 76 T€ Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände, 129 T€ auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen und 18 T€ auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie 33 T€ auf GWG-Sammelposten der Jahre 2009 bis 2014 vorgenommen.

10. Sonstige betriebliche Aufwendungen

IST 2014	5.051 T€
Plan 2014	5.524 T€
IST 2013	5.211 T€

Die Aufwendungen liegen insgesamt um 473 T€ unter den Planwerten.

Nachfolgend aufgeführte Aufwandsarten weisen Über- bzw. Unterschreitungen der Planwerte auf:

- **Sonstige Personalaufwendungen** (98 T€, gegenüber Plan 210 T€): Die Unterschreitung beruht hauptsächlich auf niedrigeren sonstigen Personalaufwendungen (8 T€, gegenüber Plan 40 T€), Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung der IHK-Mitarbeiter (32 T€, gegenüber Plan 60 T€) sowie niedrigeren Aufwendungen für Betriebs- und Arbeitssicherheit (18 T€, gegenüber Plan 43 T€).
- **Mieten, Pachten, Leasing** (271 T€, gegenüber Plan 291 T€): Die Unterschreitung des Planwertes ist insbesondere auf niedrigere Aufwendungen beim Leasing von EDV-Anlagen (82T€, gegenüber Plan 90 T€) und Leasing der Telefonanlagen (1 T€, gegenüber Plan 9 T€), sowie Mieten und Pachten für Diensträume (93 T€, gegenüber Plan 97 T€) zurückzuführen.
- **Fremdleistungen** (766 T€, gegenüber Plan 800 T€): Der Planwert wurde aufgrund von Minderaufwendungen bei den Aufwendungen für EDV-Dienstleistungen (239 T€, gegenüber Plan 263 T€) und sonstigen Fremdleistungen (155 T€, gegenüber Plan 177 T€) unterschritten.
- **Rechts- und Beratungskosten** (172 T€, gegenüber Plan 163 T€): Der Planwert wurde hauptsächlich auf Grund von höheren Aufwendungen für Rechtsberatung (39 T€, gegenüber Plan 30 T€) sowie gestiegener Aufwendungen für Mahn- und Beitreibungskosten (46 T€, gegenüber Plan 41 T€) überschritten.
- **Bürobedarf, Literatur, Telekommunikation, Porto** (504 T€, gegenüber Plan 521 T€): Niedrigere Aufwendungen bei den Netzkosten (84 T€, gegenüber Plan 103 T€), Aufwendungen für Drucksachen (19 T€, gegenüber Plan 35 T€) und Fachliteratur, Zeitschriften und Gesetzesblätter führen unter Berücksichtigung einer Planüberschreitung bei den Aufwendungen für Porto (232 T€, gegenüber Plan 208 T€) zur Unterschreitung des Planwertes in Höhe von 17 T€.
- **Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation** (199 T€, gegenüber Plan 209 T€): Hierunter sind die Aufwendungen für die Erstellung des IHK-Magazins „Wirtschaft Nordhessen“ (140 T€) enthalten. Aufgrund niedrigerer Aufwendungen für die Bewirtung (19

T€, gegenüber Plan 26 T€) sowie geringerer Aufwendungen für Ehrungen und Geschenke wurden die Planwerte unterschritten.

- **Aufwendungen DIHK** (562 T€, gegenüber Plan 563 T€): Die Aufwendungen an den DIHK orientieren sich am Gewerbeertragsvolumen des Vorjahres der Mitgliedsunternehmen der IHK. Die Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 92 T€ gesunken, was auf niedrigere Gewerbeertragszahlen der Mitgliedsunternehmen der IHK zurückzuführen ist.
- **Aufwendungen Grundstücke und Gebäude, Instandhaltungsaufwand und Wartungsverträge** (1.012 T€, gegenüber Plan 1.124 T€): Die Aufwendungen in Höhe von 1.012 T€ gliedern sich in Aufwendungen für die laufende Unterhaltung der IHK-Gebäude und angemieteten Räume der Servicezentren (190 T€), Aufwendungen für Instandhaltungen von Gebäuden, Büro- und Geschäftsausstattungen sowie Fahrzeugen (656 T€) und Aufwendungen aus Wartungsverträgen für Gebäude, Hard- und Software (167 T€) auf. Die Unterschreitung des Planwertes hat sich im Wesentlichen bei den Instandhaltungsaufwendungen für die IHK-Gebäude in Höhe von 619 T€ (gegenüber Plan 700 T€) ergeben. Die geringeren Aufwendungen für Instandhaltungsaufwendungen für das Gebäude in der Gobietstr. 13 und die nicht durchgeführten Sanierungs- und Umbauarbeiten der Randbereiche der Kurfürstenstr. 9 durch die Stadt Kassel sind Gründe für die Planunterschreitung. Die Aufwendungen für die Instandhaltungen und Modernisierungen an den beiden Gebäuden werden durch die Entnahme aus der Instandhaltungs- und Modernisierungsrücklage ausgeglichen. Weitere Planunterschreitungen verzeichnen die Aufwendungen für Energie, Strom und Wasser in Höhe von 26 T€

11. – 15. Finanzergebnis

IST 2014	-310 T€
Plan 2014	-236 T€
IST 2013	-210 T€

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge liegen über dem Planansatz und sind hauptsächlich durch Zinserträge auf Fest- und Termingelder des Anlage- und Umlaufvermögens erzielt worden.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen liegen über dem Planniveau (550 T€ gegenüber Plan 430 T€) und beinhalten die Rückstellung für Zinsen gem. § 233 a AO aus Steuernachzahlungen in Höhe von 113 T€ (Hinweis auf Erläuterungen zu den Steuerrückstellungen).

16. – 17. Außerordentliches Ergebnis

IST 2014	0 T€
Plan 2014	0 T€
IST 2013	0 T€

18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

IST 2014	-400 T€
Plan 2014	0 T€
IST 2013	0 T€

Für Steuern vom Einkommen und Ertrag werden Rückstellungen in Höhe von 400 T€ gebildet. Es handelt sich um Gewerbesteuernachzahlungen (186 T€) und Körperschaftsteuernachzahlungen (214 T€) (Hinweis auf Erläuterungen zu den Steuerrückstellungen).

19. Sonstige Steuern

IST 2014	120 T€
Plan 2014	34 T€
IST 2013	33 T€

Für Umsatzsteuernachzahlungen ist eine Rückstellung in Höhe von 87 T€ gebildet worden (Hinweis auf Erläuterungen zu den Steuerrückstellungen). Des Weiteren sind die Grundsteuer mit 32 T€ und KFZ-Steuer mit 1 T€ enthalten.

20-24. Jahresfehlbetrag/Gewinnvortrag/Entnahmen-Einstellungen in Rücklagen/Bilanzgewinn

Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf -4.020 T€. Nach Verrechnung des aus 2013 stammenden Gewinnvortrages in Höhe von 82 T€ und nach Vollzug der Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen von insgesamt 1.114 T€ ergibt sich ein Bilanzverlust in Höhe von -2.824 T€, der durch die Entnahme aus der Liquiditätsrücklage ausgeglichen wurde, so dass sich ein Bilanzgewinn 2014 von 0 € ergibt.

VI. Erläuterungen zur Finanzrechnung

1. Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten

IST 2014	- 4.019,7 T€
Plan 2014	- 4.038,7 T€
IST 2013	- 824,7 T€

2a. Abschreibung/ Zuschreibung auf Gegenstände des Anlagevermögens

IST 2014	256,4 T€
Plan 2014	265,0 T€
IST 2013	234,5 T€

Es handelt sich um Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände mit 76 T€, Abschreibungen auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen mit 129 T€ sowie Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 51 T€, wobei 16 T€ Abschreibungen auf die Einrichtungsgegenstände der Berufswahlbüros, die im Rahmen der IHK-Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung in 2011 bis 2014 angeschafft wurden, entfallen.

2b. Erträge Auflösung Sonderposten

IST 2014	-10,6 T€
Plan 2014	-10,6 T€
IST 2013	-10,6 T€

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten betreffen den für Investitionszuschüsse für die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudes Gobietstr. 13 in Kassel gebildeten Sonderposten.

3a. Veränderungen der Rückstellungen

IST 2014	774,6 T€
Plan 2014	305,0 T€
IST 2013	520,5 T€

Der Wert resultiert aus der Zuführung zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen in Höhe von 391 T€. Weiterhin erhöht sich das Volumen der Steuerrückstellungen um 417 T€. Die sonstigen Rückstellungen reduzieren sich um 33 T€.

3b. Veränderungen der Rechnungsabgrenzungsposten

IST 2014	4,0 T€
Plan 2014	XXX T€
IST 2013	9,2 T€

Die Veränderungen der Rechnungsabgrenzungsposten ergibt sich aus der Minderung der aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

5. Abgänge von Gegenständen des Anlagevermögens

IST 2014	0,2 T€
Plan 2014	XXX T€
IST 2013	0,1 T€

6. Veränderungen der Vorräte, der Forderungen aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind.

IST 2014	- 62,9 T€
Plan 2014	XXX T€
IST 2013	144,6 T€

Der Wert stellt eine Zunahme dar und resultiert aus der Zunahme der Forderungen aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten von 85 T€ und der Abnahme der Vorräte und unfertigen Leistungen von 41 T€. Weiterhin erhöhten sich die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, um 16 T€ und die sonstigen Vermögensgegenstände um 4 T€. Die Rechnungsabgrenzungsposten verringerten sich um 31 T€.

7. Veränderungen der Verbindlichkeiten aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind.

IST 2014	43,8 T€
Plan 2014	XXX T€
IST 2013	-169,4 T€

Der Betrag stellt eine Zunahme der Verbindlichkeiten dar. Dabei erhöhten sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 85 T€ und die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, um 25 T€. Die sonstigen Verbindlichkeiten verringerten sich um 66 T€ und die Rechnungsabgrenzungsposten um 27 T€.

9. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

IST 2014	-3.014,1 T€
Plan 2014	-3.479,3 T€
IST 2013	- 95,6 T€

Ausgehend vom Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten von -4,02 Mio. € wurden nicht zahlungswirksame Erträge bzw. Aufwendungen korrigiert, so dass ein Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von -3,01 Mio. €, der eine Abnahme der liquiden Mitteln darstellt, erzielt wurde.

11. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen

IST 2014	-38,8 T€
Plan 2014	-60,0 T€
IST 2013	-44,2 T€

Die Auszahlungen betreffen hauptsächlich die Investitionen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 27,8 T€. Hier wurden für den Austausch und die Neuanschaffung von Büroausstattungen und -einrichtungen 15 T€ investiert. Für die Nachrüstung bzw. Erweiterung der Audioanlage im Sitzungssaal wurden 5,8 T€ und für die revisionssichere E-Mail-Archivierung EDV-Hardware von 7,1 T€ ausgegeben.

Weiterhin wurden in den Büroräumen Jalousien als Sonnenschutz nachgerüstet und für die Erweiterung der Schließanlage im Gebäude Kurfürstenstr. 9 insgesamt 11 T€ investiert.

13. Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen

IST 2014	-81,4 T€
Plan 2014	-87,3 T€
IST 2013	-86,4 T€

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Softwarelizenzen in Höhe von 81,4 T€ angeschafft. Darunter wurden Lizenzen für Anwendersoftware (49,4 T€) und ein Upgrade bzw. Erweiterungsmodul der Individualsoftware „Dokumentenmanagementsystem“ (26 T€) angeschafft.

14. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens

IST 2014	2.510,9 T€
Plan 2014	2.500,0 T€
IST 2013	3.000,0 T€

Die Einzahlungen in Höhe von 2,5 Mio. € setzen sich aus der Umschichtung einer Festgeldanlage des Finanzanlagevermögens und einer Tagesgeldanlage des Finanzumlaufvermögen sowie einer Teilrückzahlung einer Darlehensforderung an die Bürgschaftsbank Hessen GmbH von 10,9 T€ zusammen. Die Umschichtung wurde ausschließlich aus Gründen der besseren Verzinsung getätigt.

15. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen

IST 2014	-2.614,5 T€
Plan 2014	-2.620,0 T€
IST 2013	-6.745,1 T€

Die Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen gliedern sich in Auszahlungen der unter Punkt 14 erläuterten Umschichtung und in Zinsgutschriften von 228 T€ aus Finanzanlagen, die in der gleichen Anlageart angelegt werden und erst mit Endfälligkeit der Anlage zur Auszahlung kommen auf.

16. Cashflow aus der Investitionstätigkeit

IST 2014	- 223,8 T€
Plan 2014	- 267,3 T€
IST 2013	-3.875,7 T€

20. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes

IST 2014	-3.238,0 T€
Plan 2014	-3.746,6 T€
IST 2013	-3.971,4 T€

Vor allem durch den negativen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit reduzierte sich der Finanzmittelbestand in Höhe von 3,2 Mio. €

VII. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die IHK Kassel-Marburg hat finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Leasing- und Wartungsverträgen in Höhe von 438 T€ pro Jahr.

VIII. Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB

Die IHK ist Mitglied im Deutschen Industrie- und Handelskammertag e.V. Berlin (DIHK). Nach § 20 der Vereinssatzung steht der IHK bei Auflösung des Vereins das nach Erfüllung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des DIHK anteilig im Verhältnis der Beiträge der letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahre zu. Übersteigen die Verbindlichkeiten das Vermögen, ist im gleichen Verfahren ein Schlussbeitrag zu leisten.

Der DIHK weist zum 31. Dezember 2014 bei einer Bilanzsumme von 129,5 Mio. EUR ein Eigenkapital von 53,0 Mio. EUR aus. Bei der Erstellung der Bilanz des DIHK wurde vom Wahlrecht nach Art. 28 EGHGB Gebrauch gemacht und Pensionszusagen, die vor dem 01.01.1987 entstanden sind, nicht passiviert. Dadurch sind die Verpflichtungen in Höhe von 32,0 Mio. EUR nicht in der Bilanz zum 31. Dezember 2014 angegeben. Die bilanzierten Pensionsverpflichtungen in der Bilanz betragen per 31. Dezember 2014 47,8 Mio. EUR.

Auf der Grundlage des am 23. März 2011 von der Vollversammlung des DIHK beschlossenen neuen § 16 Abs. 4 der Vereinssatzung können periodenunabhängig auch jährlich zweckgebundene Kapitalzuführungen zum Aufbau des Eigenkapitals des DIHK festgesetzt werden. Die IHKs stellen für diesen Zweck beschlussgemäß in Aussicht, ab 2012 bis voraussichtlich 2018 gemäß DIHK-Umlageschlüssel einen Betrag von jährlich 1,4 Mio. EUR an den DIHK zu leisten. Die in 2014 von der IHK geleistete Umlage beträgt 18,9 T€

Der durchschnittliche Beitrag der IHK belief sich in den letzten fünf Jahren auf rund 1,52 % des gesamten Beitragsaufkommens des DIHK. In 2014 belief sich der Beitrag der IHK auf rund 1,35 % des Gesamtbeitragsaufkommens des DIHK.

Die IHK ist zwei Bürgschaftsverpflichtungen zu Gunsten der Stadt Kassel im Zusammenhang mit der FIDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH eingegangen. Die Bürgschaftsverpflichtungen werden im Rahmen der Rücklagen unter dem Eigenkapital (A. III) erläutert.

X. Sonstige Angaben

Zusatzversorgung

Für die Mitarbeiter der IHK besteht, soweit sie nicht nach beamtenrechtlichen Grundsätzen Anspruch auf Altersversorgung haben und damit eine entsprechende Vorsorge über die Rückstellungen für Pensionen getroffen wurde, eine Mitgliedschaft bei der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände des Reg.-Bez. Kassel (ZVK), Kassel.

Die Zusatzversorgungskasse hat die Aufgabe, ihren Versicherten und deren Hinterbliebenen eine zusätzliche betriebliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung richten sich nach dem Tarifvertrag über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (ATV-K). Seit dem 01. Januar 2002 ist die Höhe der Betriebsrente insbesondere abhängig von dem jeweiligen Jahresentgelt und dem Alter des Beschäftigten. Anwartschaften aus dem bis zum 31. Dezember 2001 durchgeführten Gesamtversorgungssystem wurden zusätzlich in Form einer Startgutschrift berücksichtigt. Die von der IHK zu tragende Umlage beträgt 6,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte der Arbeitnehmer. Im Jahr 2014 betrug die Summe der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte für die Beschäftigten 4.808 T€ Hierdurch ergab sich ein Umlagebedarf (inkl. Sanierungsgeld und Pauschalsteuer von 127 T€) in Höhe von 440 T€

Regionalmanagement Nordhessen GmbH

Die IHK ist an der Regionalmanagement Nordhessen GmbH in Kassel mit 30 % bzw. 15.000 € am Stammkapital beteiligt. Gemäß Gesellschaftervertrag soll die Gesellschaft mit einem Mindestetat von 1 Mio. € ausgestattet werden. Davon sollen 500.000 € durch die Gesellschafter dieser Gesellschaft erbracht werden. Die weiteren Mittel sollen beim Land Hessen und weiteren Partnern eingeworben werden. Die nicht zum Verlustausgleich benötigten Gesellschaftereinzahlungen werden im Jahresabschluss des Regionalmanagements formal als Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern ausgewiesen und weisen mit Stand zum 31. Dezember 2014 für die IHK ein über alle Betriebsjahre kumuliertes Volumen von 202 T€ aus. In der mittelfristigen Liquiditätsplanung werden diese Mittel zur Sicherung der Liquidität der Gesellschaft benötigt. Faktisch haben diese Mittel Eigenkapitalcharakter für die Gesellschaft, da seitens der Gesellschafter keine Rückerstattung dieser Mittel angestrebt ist.

Pro-Forma-Veranlagung-Beitrag

Zur periodengerechten Darstellung der Erträge aus Beiträgen wurde Mitte Dezember 2014 anhand aller bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren, noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen 2014 eine Berechnung der sich daraus für die Vorjahre ergebenden Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen vorgenommen. Diese Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen wurden im Geschäftsjahr 2014 unter den Beitragseinnahmen ertragswirksam gebucht.

Diese belaufen sich auf:

	31.12.2013	31.12.2014
	in EUR	in EUR
Beitragsansprüche	7.818,56	2.652,07
- davon laufendes Jahr	875,00	554,64
- davon Vorjahre	6.943,56	2.097,43
Erstattungsverpflichtungen	-1.751,98	-2.206,48
- davon laufendes Jahr	-75,00	-327,71
- davon Vorjahre	-1.676,98	-1.878,77
Saldo	6.066,58	445,59

Mitglieder des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführung

Präsident	Prof. Dr. Martin Viessmann
	Viessmann Werke GmbH & Co. KG, 35108 Allendorf (Eder)
Vizepräsidenten	Prof. Dr. h. c. Ludwig Georg Braun
	B. Braun Melsungen AG, 34212 Melsungen
	Jörg Ludwig Jordan
	W. & L. Jordan GmbH, 34134 Kassel
Präsidiumsmitglieder	Reinhard Bauer
	Horn & Bauer GmbH & Co. KG, 34613 Schwalmstadt
	Andreas Fehr
	FEHR Umwelt und Verfahrenstechnik GmbH, 34253 Lohfelden
	Hans-Jürgen Germerodt
	Werkmeister GmbH & Co.KG, 37281 Wanfried
	Heidi Hornschu-Baumbach
	Porzellanhaus Hornschu GmbH, 34117 Kassel
	Eugen Jung
	Jung Spedition GmbH, 34121 Kassel
	Wolfram Klawe
	G. Klawe GmbH, Holzwaren- u. Spulenfabrik, 35114 Haina/Kloster
	Dr. Heidemarie Krüger
	Dr. Krüger Personalberatung, 34117 Kassel
	Detlef Kümper
	Versicherungsbüro (BVK), 34225 Baunatal
	Stefan Lange
	LANGE & CO. KG, 34123 Kassel
	Peter Lather
	Lather Kommunikation, 35102 Lohra
	Horst Müller
	Bickhardt Bau AG, 36275 Kirchheim
	Martin Schmitt
	Kasseler Bank eG Volksbank Raiffeisenbank, 34117 Kassel
	Dr. Friedrich Freiherr Waitz von Eschen
	POLYMA Energiesysteme GmbH, 34123 Kassel
	Karl-Otto Winter
	Kreissparkasse Schwalm-Eder, 34212 Melsungen
Hauptgeschäftsführer	Dr. Walter Lohmeier
Stv. Hauptgeschäftsführer	Oskar Edelmann
Stv. Hauptgeschäftsführer	Ulrich Spengler

Personalübersicht

Personalstand	IST- 2013		IST- 2014		IST- 2014
	Köp- fe	Kapazi- tät (PJ)	Köpfe	Kapazität (PJ)	Gehälter in €
Kernpersonal					
Führungskräfte	5	5	5	5	641.640
Wissenschaftliche Mitarbeiter	102	88,43	32	27,8	1.626.535
Sachbearbeiter, Assistenz und technische Mitarbeiter			73	59,25	2.659.741
Summe	107	93,43	110	92,05	4.927.916
Sonstige					
Mitarbeiter für Projekte u.ä.	1	0,5	1	0,5	XXX
Personalgestellung	2	1,75	2	1,75	XXX

Gesamtsumme	110	95,68	113	94,30	XXX
--------------------	------------	--------------	------------	--------------	------------

davon					
in Teilzeit	38	XXX	44	XXX	XXX
befristet	11	XXX	11	XXX	XXX
in ATZ aktiv	1	XXX	0	XXX	XXX

außerdem

Auszubildende	8	XXX	8	XXX	XXX
Trainees	1	XXX	0	XXX	XXX
Praktikanten	0	XXX	0	XXX	XXX
Mitarbeiter in Elternzeit/ Mutterschutz	7	XXX	3	XXX	XXX
ATZ inaktiv	0	XXX	1	XXX	XXX
Sondereinrichtungen	0	XXX	0	XXX	XXX
Geringfügig Beschäftigte	4	XXX	1	XXX	XXX

Kassel, 30. März 2015

Prof. Dr. Martin Viessmann
Präsident

Dr. Walter Lohmeier
Hauptgeschäftsführer

Anlagenspiegel der IHK Kassel-Marburg zum 31. Dezember 2014

Posten der Bilanz	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen						Restbuchwerte 31.12.2014	Restbuchwerte 31.12.2013
	Anfangs- bestand 01.01.2014	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Endstand 31.12.2014	Anfangs- bestand 01.01.2014	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Um- buchungen	Zuschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Abgänge	Endstand 31.12.2014		
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte (A.I.1.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten (A.I.2.)	498.552,99	81.364,86	0,00	88.080,52	491.837,33	370.192,99	76.422,86	0,00	0,00	88.080,52	358.535,33	133.302,00	128.360,00
2. Geleistete Anzahlungen (A.I.3.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	498.552,99	81.364,86	0,00	88.080,52	491.837,33	370.192,99	76.422,86	0,00	0,00	88.080,52	358.535,33	133.302,00	128.360,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten auf fremden Grundstücken (A.II.1.)	8.640.665,68	10.968,54	4.542,23	0,00	8.656.176,45	873.956,43	128.952,77	0,00	0,00	0,00	1.002.909,20	7.653.267,25	7.766.709,25
2. Technische Anlagen und Maschinen (A.II.2.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung (A.II.3.)	1.022.900,56	27.861,83	0,00	36.125,23	1.014.637,16	765.657,56	51.003,83	0,00	0,00	35.901,23	780.760,16	233.877,00	257.243,00
3. Geleistete Anzahlungen u. Anlagen im Bau (A.II.4.)	4.542,23	0,00	-4.542,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.542,23
II. Sachanlagen	9.668.108,47	38.830,37	0,00	36.125,23	9.670.813,61	1.639.613,99	179.956,60	0,00	0,00	35.901,23	1.783.669,36	7.887.144,25	8.028.494,48
1. Anteile an verbundenen Unternehmen (A.III.1.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Ausleihungen an verbund. Unternehmen (A.III.2.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Beteiligungen (A.III.3.)	215.984,81	0,00	0,00	0,00	215.984,81	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	215.984,81	215.984,81
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (A.III.4.)	49.601,26	0,00	0,00	10.865,92	38.735,34	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	38.735,34	49.601,26
5. Wertpapiere des Anlagevermögens (A.III.5.)	780.000,00	0,00	0,00	0,00	780.000,00	780.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	780.000,00	0,00	0,00
5. Festgelder des Anlagevermögens (A.III.5.)	17.312.691,34	2.614.501,74	0,00	2.500.000,00	17.427.193,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.427.193,08	17.312.691,34
6. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche (A.III.6.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	18.358.277,41	2.614.501,74	0,00	2.510.865,92	18.461.913,23	780.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	780.000,00	17.681.913,23	17.578.277,41
Anlagevermögen insgesamt	28.524.938,87	2.734.696,97	0,00	2.635.071,67	28.624.564,17	2.789.806,98	256.379,46	0,00	0,00	123.981,75	2.922.204,69	25.702.359,48	25.735.131,89

Rückstellungsspiegel der IHK Kassel-Marburg zum 31. Dezember 2014

	01.01.2014	Zuführung	Abzinsung	Aufzinsung	Inanspruchnahme	Auflösung	31.12.2014
Rückstellungen							
1. Rückstellungen für Pensionen							
37000 Verpflichtungen für laufende Pensionsfälle und							
37010 für unverfallbare Anwartschaften	8.077.510,00 €	168.048,79 €	0,00 €	382.073,00 €	158.949,79 €	0,00 €	8.468.682,00 €
	8.077.510,00 €	168.048,79 €	0,00 €	382.073,00 €	158.949,79 €	0,00 €	8.468.682,00 €
2. Steuerrückstellungen							
38100 Rückstellung für Körperschaftsteuer	0,00 €	214.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	214.000,00 €
38200 Rückstellung für Gewerbesteuer	70.000,00 €	186.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	70.000,00 €	186.000,00 €
38400 Rückstellung für Umsatzsteuer	0,00 €	87.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	87.000,00 €
	70.000,00 €	487.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	70.000,00 €	487.000,00 €
3. Sonstige Rückstellungen							
39004 Rückstellung für Beihilfen	639.480,00 €	0,00 €	0,00 €	30.265,00 €	61.935,00 €	0,00 €	607.810,00 €
39003 Rückstellung für Sonderzuwendungen	289.573,00 €	26.405,61 €	0,00 €	13.928,00 €	7.716,61 €	0,00 €	322.190,00 €
39005 Rückstellung für Altersteilzeit	327.239,00 €	0,00 €	0,00 €	10.504,00 €	77.348,00 €	0,00 €	260.395,00 €
39001 Rückstellung für Resturlaub	184.274,01 €	162.674,79 €	0,00 €	0,00 €	184.274,01 €	0,00 €	162.674,79 €
39500 Rückstellung für aufbewahrungspflichtige Unterlagen	168.800,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	4.142,16 €	2.557,84 €	162.100,00 €
39903 Rückstellung für Zinsen gem. § 233 a AO	0,00 €	113.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	113.000,00 €
39002 Rückstellung für Überstunden	96.706,22 €	100.402,51 €	0,00 €	0,00 €	96.706,22 €	0,00 €	100.402,51 €
39900 Rückstellung für ausstehende Rechnungen	74.552,25 €	77.572,84 €	0,00 €	0,00 €	71.452,24 €	3.100,01 €	77.572,84 €
39400 Rückstellung für Jahresabschlussarbeiten	62.200,10 €	60.300,00 €	0,00 €	0,00 €	58.864,82 €	3.335,28 €	60.300,00 €
39901 Rückstellung für Beiträge Berufsgenossenschaft	33.750,00 €	33.400,00 €	0,00 €	0,00 €	32.426,26 €	1.323,74 €	33.400,00 €
39200 Rückstellung für Rechts- und Beratungskosten	28.450,00 €	17.100,00 €	0,00 €	0,00 €	8.700,00 €	19.750,00 €	17.100,00 €
39902 Rückstellung für ausstehende Prüferentschädigungen	50.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	45.500,00 €	0,00 €	4.500,00 €
	1.955.024,58 €	590.855,75 €	0,00 €	54.697,00 €	649.065,32 €	30.066,87 €	1.921.445,14 €
	10.102.534,58 €	1.245.904,54 €	0,00 €	436.770,00 €	808.015,11 €	100.066,87 €	10.877.127,14 €

Plan- Ist- Vergleich Gewinn- und Verlustrechnung 2014 – Mindestgliederung der IHK Kassel-Marburg

	Plan €	Ist €	Plan €	Ist €	Plan €	Ist €
1. Erträge aus IHK-Beiträgen					8.291.000,00	8.288.120,80
davon: - Erträge IHK-Beiträge Vorjahre			2.507.000,00	2.525.245,88		
davon: - Grundbeiträge Vorjahre	129.000,00	137.223,39				
- Umlagen Vorjahre	2.378.000,00	2.388.022,49				
- Erträge IHK-Beiträge lfd. Jahr			5.784.000,00	5.762.874,92		
davon: - Grundbeiträge lfd. Jahr	2.383.000,00	2.366.017,50				
- Umlagen lfd. Jahr	3.401.000,00	3.396.857,42				
2. Erträge aus Gebühren					1.987.700,00	2.045.834,71
davon: - Erträge aus Gebühren Berufsbildung			1.138.000,00	1.173.346,24		
- Erträge aus Gebühren Weiterbildung			343.000,00	341.460,00		
- Erträge aus sonstigen Gebühren			506.700,00	531.028,47		
3. Erträge aus Entgelten					286.000,00	286.955,38
davon: - Verkaufserlöse			30.000,00	36.670,38		
- Entg. a. Lehrgang, Seminaren, Veranstalt.			256.000,00	250.285,00		
4. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Leistungen					0,00	-26.085,16
5. Andere aktivierte Eigenleistungen					0,00	0,00
6. Sonstige betriebliche Erträge					687.200,00	840.041,26
davon: - Erträge aus Erstattungen			344.900,00	379.993,41		
- Erträge aus öffentlichen Zuwendungen			53.300,00	54.244,45		
- Erträge aus Abführung von Mitteln an gesonderte Wirtschaftspläne			0,00	0,00		
Betriebserträge (Summe)					11.251.900,00	11.434.866,99
7. Materialaufwendungen					-1.842.200,00	-2.008.727,18
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			-93.500,00	-100.168,87		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen			-1.748.700,00	-1.908.558,31		
davon: Fremdleistungen	-849.000,00	-892.025,93				
davon: Honorare Dozenten	-111.400,00	-104.340,72				
davon: Prüferentschädigungen	-788.300,00	-912.191,66				
8. Personalaufwand					-7.389.500,00	-7.308.310,50
a) Gehälter			-5.346.400,00	-5.314.116,86		
davon: - Gehälter aus unbefristeten und befristeten Arbeitsverhältnissen	-5.284.000,00	-5.231.725,46				
- Ausbildungsvergütungen	-80.000,00	-82.391,40				
b) Soziale Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			-2.025.500,00	-1.994.193,64		
davon: - Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	-922.500,00	-907.162,93				
- Beihilfen und Unterstützung	-60.000,00	-50.338,39				
- Renten- und Hinterbliebenenversorgung	0,00	0,00				
- Vorsorge	-1.008.000,00	-1.003.292,32				
9. Abschreibungen					-265.000,00	-256.379,46
a) Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände, Anlagevermögen und Sachanlagen			-265.000,00	-256.379,46		
davon: - Abschreibungen auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	-130.000,00	-128.952,77				
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten			0,00	0,00		

Plan- Ist- Vergleich Gewinn- und Verlustrechnung 2014 – Mindestgliederung der IHK Kassel-Marburg

	Plan €	Ist €	Plan €	Ist €	Plan €	Ist €
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen					-5.524.100,00	-5.050.703,61
davon: - Sonstiger Personalaufwand			-210.400,00	-97.908,15		
- Mieten, Pachten, Erbbauzinsen und Leasing			-290.500,00	-271.432,44		
- Aufwendungen für Fremdleistungen			-800.300,00	-766.394,88		
- Rechts- und Beratungskosten			-163.300,00	-171.943,77		
- Bürobedarf, Literatur, Telekommunikation			-521.450,00	-504.244,04		
- Präsidentenfonds			-3.000,00	0,00		
- Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation außer Präsidentenfonds			-209.200,00	-198.833,60		
- Aufwendungen DIHK			-563.000,00	-561.898,30		
- Aufwendungen Grundstücke, Gebäude- und Geschäftsausstattung			-1.124.100,00	-1.012.372,21		
- Zuführung an gesonderte Wirtschaftspläne			0,00	0,00		
Betriebsaufwand					-15.020.800,00	-14.624.120,75
Betriebsergebnis					-3.768.900,00	-3.189.253,76
11. Erträge aus Beteiligungen					0,00	0,00
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens					189.000,00	228.207,67
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge					5.000,00	11.473,91
davon: - Erträge aus Abzinsung			0,00	0,00		
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens					0,00	0,00
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					-430.000,00	-549.779,60
davon: - Aufwendungen aus Aufzinsung			-430.000,00	-436.770,00		
Finanzergebnis					-236.000,00	-310.098,02
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit					-4.004.900,00	-3.499.351,78
16. Außerordentliche Erträge					0,00	0,00
17. Außerordentliche Aufwendungen					0,00	0,00
Außerordentliches Ergebnis					0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag					0,00	-400.000,00
19. Sonstige Steuern					-33.800,00	-120.369,67
20. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag					-4.038.700,00	-4.019.721,45
21. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr					82.077,00	82.077,11
Einstellung in die Kapitalrücklage					0,00	0,00
22. Entnahmen aus Rücklagen					3.956.623,00	3.937.644,34
a) aus der Ausgleichsrücklage			0,00	0,00		
b) aus anderen Rücklagen			3.956.623,00	3.937.644,34		
- davon: Liquiditätsrücklage	2.726.821,00	2.823.726,32				
- davon: andere Rücklagen	1.229.802,00	1.113.918,02				
23. Einstellungen in Rücklagen					0,00	0,00
a) in die Ausgleichsrücklage			0,00			
b) in andere Rücklagen			0,00			
- davon: Liquiditätsrücklage	0,00					
- davon: andere Rücklagen	0,00					
Bilanzgewinn / Bilanzverlust					0,00	0,00

Plan-/Ist-Vergleich Finanzrechnung 2014 der IHK Kassel-Marburg - Mindestgliederung

	Plan 2014 €	Ist 2014 €	Plan 2014 €	Ist 2014 €
1. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag ohne außerordentliche Posten			-4.038.700,00	-4.019.721,45
2a. + Abschreibungen			265.000,00	256.379,46
- Zuschreibungen			0,00	0,00
2b. - Erträge Auflösung Sonderposten			-10.600,00	-10.551,24
3a. Veränderungen Rückstellungen			305.000,00	774.592,56
+ Aufwendungen Zuführung Rückstellungen	305.000,00	874.659,43		
- Erträge Auflösung Rückstellungen	0,00	-100.066,87		
3b. Veränderungen Rechnungsabgrenzungsposten				
+ Bildung Passive RAP	XXX	11.580,71	XXX	3.979,46
+ Auflösung Aktive RAP	XXX	57.899,38		
- Auflösung Passive RAP	XXX	-38.675,84		
- Bildung Aktive RAP	XXX	-26.824,79		
4. Sonstige Zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge			XXX	0,00
+ Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen	XXX	0,00		
- Sonstige Zahlungsunwirksame Erträge	XXX	0,00		
5. Abgänge von Gegenständen des Anlagevermögens			XXX	224,00
+ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	XXX	224,00		
- Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	XXX	0,00		
6. Veränderung aus der Abnahme und Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus IHK- Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind			XXX	-62.872,25
+ Abnahme	XXX	41.222,23		
- Zunahme	XXX	-104.094,48		
7. Veränderung aus der Zunahme und Abnahme der Verbindlichkeiten aus IHK- Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind			XXX	43.828,41
+ Zunahme	XXX	109.694,93		
- Abnahme	XXX	-65.866,52		
8. Außerordentliche Posten			XXX	0,00
+ Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	XXX	0,00		
- Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	XXX	0,00		
9. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit			-3.479.300,00	-3.014.141,05
10. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens			0,00	0,00
11. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen			-60.000,00	-38.830,37
a) Grundstücke und Gebäude				
➢ Einzelmaßnahmen	0,00	0,00		
➢ Verpflichtungsermächtigung	0,00	0,00		
➢ pauschal veranschlagt	-15.000,00	-10.968,54		
Teilsumme	-15.000,00	-10.968,54		
b) Technische Anlagen				
➢ Einzelmaßnahmen	0,00	0,00		
➢ Verpflichtungsermächtigung	0,00	0,00		
➢ pauschal veranschlagt	0,00	0,00		
Teilsumme	0,00	0,00		
c) Betriebs- und Geschäftsausstattung				
➢ Einzelmaßnahmen	0,00	0,00		
➢ Verpflichtungsermächtigung	0,00	0,00		
➢ Fahrzeuge	0,00	0,00		
➢ pauschal veranschlagt	-45.000,00	-27.861,83		
Teilsumme	-45.000,00	-27.861,83		
12. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens			0,00	0,00
13. - Auszahlungen für Investitionen des immateriellen Anlagevermögens			-87.300,00	-81.364,86
➢ Einzelmaßnahmen	0,00	0,00		
➢ pauschal veranschlagt	-87.300,00	-81.364,86		

14.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens			2.500.000,00	2.510.865,92
		> Abgang von Beteiligungen	0,00	0,00		
		> Abgang von Wertpapieren/Festgeldern	0,00	0,00		
		> Abgang von Rückdeckungsansprüchen	0,00	0,00		
		> Abgang von sonstigen Finanzanlagen	2.500.000,00	2.510.865,92		
15.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen			-2.620.000,00	-2.614.501,74
		> Zugang von Beteiligungen	0,00	0,00		
		> Zugang von Wertpapieren/Festgeldern	-120.000,00	0,00		
		> Zugang von Rückdeckungsansprüchen	0,00	0,00		
		> Zugang von sonstigen Finanzanlagen	-2.500.000,00	-2.614.501,74		
16.	=	Cashflow aus der Investitionstätigkeit			-267.300,00	-223.831,05
17.		Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten und aus Investitionszuschüssen			0,00	0,00
		a) Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten				
		> Investitionskredite	0,00	0,00		
		> Kassenkredite	0,00	0,00		
		Teilsomme Kreditaufnahme	0,00	0,00		
		b) Einzahlungen aus erhaltenen Investitionszuschüssen	0,00	0,00		
18.	-	a) Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-)Krediten			0,00	0,00
		> Investitionskredite	0,00	0,00		
		> Kassenkredite	0,00	0,00		
		b) Auszahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00		
19.	=	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit			0,00	0,00
20.		Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe der Zeilen 9, 16 und 19)			-3.746.600,00	-3.237.972,10
21.	+	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode			XXX	5.529.042,34
22.	=	Finanzmittelbestand am Ende der Periode			XXX	2.291.070,24

Lagebericht der IHK Kassel-Marburg für das Geschäftsjahr 2014

1. Wirtschaftliche Lage

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist um 1,5 % höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2 %.

Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2014 mit 42,7 Millionen das achte Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Das waren 371.000 Personen oder 0,9 % mehr als im Vorjahr.

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts konnten nahezu alle Wirtschaftsbereiche zur Belebung der deutschen Wirtschaft beitragen. Das produzierende Gewerbe, das ohne das Baugewerbe gut ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung ausmacht, konnte um 1,1 % zulegen. Wichtiger Wachstumstreiber war auch 2014 der private Konsum, der durch die Niedrigzinspolitik der EZB gestützt wird. Als wichtige Einflussfaktoren für den positiven Wirtschaftsverlauf 2014 sind der stark gesunkene Rohölpreis zu nennen und der niedrige €/ \$-Wechselkurs, der der exportorientierten deutschen Wirtschaft einen weiteren Wettbewerbsvorteil beschert hat.

2. Schwerpunkte der IHK-Arbeit

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die IHK die Schwerpunkte ihrer Leistungen unverändert fortgeführt. Insbesondere ist hierbei die Lehrstellenoffensive im Rahmen des Ausbildungspakts (2010 bis 2014) zu nennen. Die IHK hat im Jahr 2014 432 neue Ausbildungsplätze in 341 neuen Ausbildungsbetrieben akquiriert. Des Weiteren wurden 45 Einstiegsqualifikationen von den Betrieben bereitgestellt (Stand: 31. Dezember 2014). Die Ausbildungsbilanz (per 15. November 2014) weist 4.767 Ausbildungsverhältnisse aus und liegt damit 124 Plätze (-2,5 %) unter dem Vorjahreswert.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit der IHK war im Februar 2014 die Durchführung der IHK-Wahlen zu der Vollversammlung und zu den sechs Regionalausschüssen sowie deren Konstituierungen.

Weitere Schwerpunkte der IHK-Arbeit im Jahr 2014 waren:

- Umsetzung der Initiative „Verbesserung der Ausbildungsreife und Vertiefung der Berufsorientierung“ und des Jahresthemas „Deutschland im Wettbewerb – Gutes sichern. Neues wagen“
- Infrastrukturprojekte wie A 49, B 252, B 508n, Nordspange, Wasserstraße Fulda-Weser inkl. Umschlagstelle in Hannoversch-Münden, Breitbandausbau in der Fläche, Schienenanbindung und Gewerbegebiete (insb. im Bereich des Kassel-Airports)
- Stärkung des Themenkomplexes „Demografischer Wandel“ im Hinblick auf den Fachkräftebedarf sowie auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Politisches Engagement zur Erreichung einer dauerhaften Tourismusfinanzierung auf Landesebene
- Mitwirkung bei der Entwicklung eines operationellen Programms zur Durchführung der EFRE-Förderung
- Industriepolitische Themen, wie die Energie- und Rohstoffversorgung bzw. Rohstoffsicherung der Unternehmen
- Steuerpolitische Themen, wie beispielsweise die Thematisierung der Folgen zur Umsetzung des kommunalen Schutzschirms in Hessen, der Erbschaftsteuer oder die Ablehnung der Einführung von Bagatellsteuern (z. B. Einführung einer Pferdesteuer)
- Verkehrs- und Parkplatzentwicklung in Marburg, Durchführung von Umfragen zu „Folgen der Parkgebührenerhöhung in Kassel“ und „vitale Innenstädte“, Vorstellung der Ergebnisse einer Nahversorgungsumfrage sowie die Aktualisierung der Analyse zu den Standortfaktoren im IHK-Bezirk
- Auswirkungen der Energiewende auf die regionale Wirtschaft sowie die Auswirkungen der besonderen Ausgleichsregelung für Energiegroßverbraucher
- IHK-Zukunftschance MINT – Ausweitung der MINT-Förderaktivitäten neben dem „Haus der kleinen Forscher“
- Erfolgreiche Gründung des lokalen Netzwerks „Haus der kleinen Forscher“ in der Region Kassel sowie Ausweitung des Angebots auf die Grundschulen
- Herausgabe der Industriebroschüre „Industrie in Nordhessen und Marburg“ sowie Entwicklung eines Notfallhandbuchs für Unternehmen
- Fortsetzung des internationalen Lernprogramms für Auszubildende der Hotellerie und Gastronomie in Malaga/Spainien und der Seminare für Auszubildende im 1. Ausbildungsjahr „Hürden gemeinsam überspringen“
- Beratung zum dualen Studium sowie die Einrichtung des Informationsbüros „Duales Studium Hessen“ in Kassel und Durchführung von zwei Veranstaltungen
- Durchführung des Projekts „unternehmensWert: Mensch“
- Mittelstandsinitiative Energiewende mit dem Bundesumweltministerium, dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks

- Umstellung des EMAS-Registers auf neue technische Basis sowie Vorbereitung der Einbindung des IHK-Umweltfirmen-Informationssystems UMFIS in e-IHK-Portal
- „Stärkung des Industriestandorts“ durch Stärkung der Methodenanwendungen im Innovationsprozess (Methodenpass IHK)
- Ausbau des länderspezifischen Informationsangebotes auf der Internetseite der IHK für die Schwerpunktländer und Durchführung des Außenwirtschaftstages
- Beginn der Prüfungstätigkeit der „Internen Revision“ sowie Erarbeitung einer Compliance-Richtlinie

3. Lage der IHK im abgelaufenen Geschäftsjahr

Finanz- und Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr verringert sich die Bilanzsumme um TEUR 3.239 auf TEUR 30.251. Die Vermögenslage der IHK ist aber weiterhin positiv.

Das Vermögen ist im Wesentlichen vom Wert der beiden Gebäude und dem der Finanzanlagen geprägt. Es setzt sich überwiegend zusammen aus TEUR 25.702 langfristigem Anlagevermögen sowie TEUR 4.522 kurzfristigem Umlaufvermögen. Das Anlagevermögen hat gegenüber dem Vorjahr geringfügig um TEUR 33 abgenommen. Während die regulären Abschreibungen der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen die getätigten Investitionen übersteigen, nehmen die Finanzanlagen durch Zinsgutschriften geringfügig zu. Das Umlaufvermögen, das der Finanzierung des laufenden IHK- Betriebes dient, hat sich im Vorjahresvergleich um 41,3 % verringert. Dabei hat sich hauptsächlich der Bestand der liquiden Mittel aufgrund der in 2014 durchgeführten 30 %-igen Beitragssenkung von TEUR 5.529 auf TEUR 2.291 verringert.

Die Eigenkapitalquote hat sich von 67,5 % auf 61,4 % verringert.

Die Rücklagen in Höhe von TEUR 18.583 und die Rückstellungen in Höhe von TEUR 10.877, davon TEUR 8.469 für Pensionsverpflichtungen, sind zu rd. 60 % durch das Anlagevermögen gedeckt. Zusammen mit den zur Verfügung stehenden flüssigen Mitteln in Höhe von TEUR 2.291 sind die Handlungsfähigkeit und sachgerechte Aufgabenerfüllung der IHK auch künftig gewährleistet.

Die Gesamtinvestitionen betragen TEUR 120.

Ertragslage

Die geplanten Betriebserträge wurden um TEUR 183 übertroffen.

Die Erträge aus Beiträgen belaufen sich auf TEUR 8.288 und liegen auf dem Planniveau. Gegenüber dem Vorjahr sind die Beitragserträge um TEUR 2.278 aufgrund der durchgeführten 30 %-igen Beitragssenkung zurückgegangen.

Die Erträge aus Gebühren betragen TEUR 2.046. Im Bereich der Erträge aus Entgelten, Bestandsänderungen an unfertigen Leistungen sowie den sonstigen betrieblichen Erträgen wurden TEUR 1.101 erzielt.

Der Betriebsaufwand (TEUR 14.624) liegt TEUR 397 unter dem Planansatz und weist einen Materialaufwand in Höhe von TEUR 2.009 aus. Der Personalaufwand betrug TEUR 7.308. Die Abschreibungen beliefen sich auf TEUR 256. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen TEUR 5.051.

Das Betriebsergebnis beträgt TEUR -3.189.

Das negative Finanzergebnis in Höhe von TEUR -310 ergibt sich hauptsächlich aus den Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen (TEUR 437) und den Zinserträgen aus Festgeldern des Anlage- und Umlaufvermögens (TEUR 240).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt TEUR -3.499.

Unter Berücksichtigung der Steuern (TEUR 520) beläuft sich der Jahresfehlbetrag auf TEUR -4.020.

Nach Verrechnung des Gewinnvortrages aus 2013 (TEUR 82) und nach Vollzug der Rücklagenentnahmen (TEUR 3.938) ergibt sich ein ausgeglichenes Bilanzergebnis.

Personal

Die kontinuierliche Personalentwicklung wurde auch im Geschäftsjahr 2014 durch gezielte Seminare und Weiterbildungsangebote für die Fachkräfte des Hauses fortgesetzt. Die IHK investierte TEUR 32 in die Weiterbildung und Qualifizierung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die IHK beschäftigte zum Jahresende 2014 113 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (davon 11 befristet). Dies entspricht einer Kapazität (PJ) von 94,3 Vollzeitstellen. Drei Mitarbeiterinnen befinden sich in Elternzeit. Die Personalkapazität ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 PJ gesunken und liegt auf dem Niveau des Planansatzes.

Von den 113 Beschäftigten arbeiten 44 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Teilzeitarbeitsverhältnis, das entspricht einer Quote von 38,9 %. Weiterhin wird das Altersteilzeitmodell von einem Mitarbeiter genutzt.

Die IHK bildet acht Auszubildende in dem Berufsbild „Kaufmann/-frau für Bürokommunikation“ / „Kaufmann/-frau für Büromanagement“ aus.

4. Ereignisse von besonderer Bedeutung

Bis zur Fertigstellung des Jahresabschlusses wurden keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung verzeichnet, die das Ergebnis des Jahres 2014 berühren.

5. Erwartete Geschäftsentwicklung einschl. wesentlicher Chancen und Risiken

Die deutsche Volkswirtschaft ist ungeachtet der geopolitischen Turbulenzen im vergangenen Jahr auf einen Wachstumskurs zurückgekehrt. Stimuliert vor allem von einem soliden Anstieg der privaten Konsumausgaben, dürfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr weiter steigen. Ausgewählte Prognosen für 2015 lauten wie folgt:

HWWI Hamburg	1,7 %
IfW Kiel	1,7 %
DIW Berlin	1,4 %
DEKA Bank	1,8 %
Ifo	1,5 %

(Stand: April 2015)

Die Bundesregierung geht aktuell von einem Wirtschaftswachstum von 1,5 % aus. Der DIHK geht von 1,3 % Wirtschaftswachstum aus. Die Konjunkturumfrage zum Jahresbeginn 2014 der IHK Kassel-Marburg stützt grundsätzlich den Optimismus. Wir gehen aber aktuell davon aus, dass das Wachstum für 2014 bei maximal 1,5 % liegen wird. Die politische Unsicherheit durch die Krise in der Ukraine und ein flacheres Wachstum in China werden sicher auch Auswirkungen auf die Exportnation Deutschland haben. Daher sehen wir eher ein konservatives Wachstumsszenario.

Die finanzielle und wirtschaftliche Situation der IHK wird maßgeblich durch die konjunkturelle Lage im IHK-Bezirk geprägt, da das Beitragsaufkommen unmittelbar von der Ertragslage der Mitgliedsunternehmen abhängig ist. Die Beitragseinnahmen in 2015 entwickeln sich ausweislich der Beitragsveranlagung, die im März stattgefunden hat, im Bereich der Planwerte. Unter Berücksichtigung der, wie auch im Vorjahr durchgeführten Beitragssenkung (30 %-ige Kürzung des festzusetzenden Beitrages für das Jahr 2015) liegen die Beitragseinnahmen auf dem Vorjahresniveau. Diese Reduzierung wird wie im Vorjahr zu einem geplanten hohen Jahresfehlbetrag führen, der überwiegend durch eine Entnahme aus der Liquiditätsrücklage ausgeglichen wird.

Ein finanzielles Risiko besteht darin, dass rund 50 Unternehmen etwa 42,2 % der Beitragseinnahmen leisten. Veränderungen in einzelnen Unternehmen können damit unmittelbar die Ertragssituation der IHK beeinflussen.

Weiterhin beschäftigt sich das Bundesverfassungsgericht mit der Verfassungsmäßigkeit der mit dem Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 geänderten Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer. Im Falle einer Verfassungswidrigkeit der Hinzurechnungsnormen beträfe dies, nach ersten Einschätzungen, 8 bis 10 % der Gewerbesteuer. Übertragen auf die IHK könnten – rückwirkend ab 2008 – Umlage-Beiträge in Höhe von TEUR 3.150 bis TEUR 3.938 betroffen sein.

Die damit verbundenen möglichen Ertragsrückgänge aus Beiträgen können durch Entnahmen aus der Ausgleichrücklage finanziert werden. Die Ausgleichrücklage dürfte aus heutiger Sicht als ausreichend dotiert angesehen werden. Darüber hinaus hat die IHK u.a. durch die Bildung einer Instandhaltungs- und Modernisierungsrücklage für die beiden IHK-Gebäude einer Rücklage zur Finanzierung von zukünftigen Projekten und einer Rücklage zur Finanzierung der bis 2015 ausgerichteten IHK-Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung für die nächsten Jahre vorgesorgt.

Für die IHK können sich außerdem Risiken aus der Gesetzgebung im Hinblick mit Reformansätzen zur Pflichtzugehörigkeit der Unternehmen ergeben, da die kritische Auseinandersetzung mit der IHK als Selbstverwaltungseinrichtung der Wirtschaft nach wie vor stattfindet. Derzeit wenden sich Unternehmen mit zwei Verfassungsbeschwerden gegen die gesetzliche Zugehörigkeit der gewerblichen Unternehmen bei den Industrie- und Handelskammern. Sie sehen sich dadurch in ihren Grundrechten verletzt und haben daher das Bundesverfassungsgericht um Prüfung angerufen.

Im Bereich der Erträge aus Gebühren und Entgelten lassen die derzeit vorliegenden Zahlen auf eine Erfüllung der Planzahlen schließen. Ebenso verläuft die Entwicklung auf der Aufwandsseite planmäßig.

Aus heutiger Sicht ist zu erwarten, dass die am Markt erzielbaren Renditen auf dem niedrigeren Niveau des Jahres 2014 liegen werden. Die Zinserträge werden auf absehbare Zeit auf diesem niedrigen Niveau bleiben. Das Finanzmanagement richtet sich nach der im März 2009 von der Vollversammlung im Hinblick auf die durch die Finanzkrise veränderten Rahmenbedingungen verabschiedeten Anlagenrichtlinie sowie den in § 23 Finanzstatut und den entsprechenden Ausführungen in den Richtlinien zum Finanzstatut getroffenen Festlegungen. Die Anlagerichtlinie soll u. a. ein Höchstmaß an Sicherheit und Transparenz sowie die jederzeitige Liquidität der IHK gewährleisten.

Seitens des Finanzamtes Kassel sind Steuerbescheide für Umsatzsteuer-, Gewerbe- und Körperschaftsteuerzahlungen für die Jahre 2007 und 2008 eingegangen, die sich auf die Herausgabe der IHK Zeitschrift „Wirtschaft Nordhessen“ beziehen. Gegen diese Bescheide ist Einspruch eingelegt worden, deren Entscheidung seitens des Finanzamtes noch aussteht. In der Bilanz 2014 sind daher Rückstellungen für mögliche Steuernachzahlungen nebst Zinsen für die Jahre 2007 und 2014 in Höhe von insgesamt TEUR 600 gebildet worden, so dass das wirtschaftliche Risiko voraussichtlich abgedeckt ist.

Weitere berichtspflichtige Risiken sind nicht zu benennen.

Die längerfristigen strategischen Ziele der IHK sind:

- Bedarfsgerechter Ausbau wirtschaftsnaher Infrastruktur
- Stärkung vorhandener und Entwicklung neuer Innovationspotentiale
- Chancen der Internationalisierung für die regionale Wirtschaft nutzen
- Die Herausforderungen des demografischen Wandels meistern
- Die Region attraktiv positionieren – für Industrie, Handel, Dienstleistungen und Tourismus
- Stärkung der dualen Berufsausbildung und der Weiterbildung
- Chancen der Energiewende nutzen – Sicherheit und Preiswürdigkeit der Energieversorgung erreichen
- IHK-Dienstleistungen kundenorientiert und effizient erbringen
- Sparsamer, effizienter und transparenter Einsatz von Finanzmitteln
- Das ehrenamtliche Engagement stärken – Kompetenz und Motivation der hauptamtlichen Mitarbeiter/innen konsequent weiter entwickeln

Ausgehend vom Leitbild und den strategischen Zielen der IHK sind zentrale Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2015 festgelegt worden. Sie betreffen u.a. folgende Ziele und Aktivitäten: Die Umsetzung der IHK-Initiative „Verbesserung der Ausbildungsreife und Vertiefung der Berufsorientierung“, für die die Vollversammlung für die Jahre 2011 bis 2015 insgesamt 1,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt hat, das verstärkte Besetzen der Themenkomplexe „Industrie 4.0“, Auswirkungen der Energiewende auf die Unternehmen und „demographischer Wandel mit den Aspekten Fachkräftemarketing, Familie und Beruf, Einfluss auf die Infrastruktur“ als den TOP-Themen der nächsten Jahre, die Stärkung des Industriestandorts, die Beratungskompetenz für bestehende Unternehmen, Existenzgründer und Nachfolgesituationen ausbauen, die Umwidmung des Ausbildungspaktes Hessen in einen Konsens für Zukunftssicherung und die Umsetzung der mit dem Bund und dem Land Hessen vereinbarten Aufgaben der Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015 bis 2018 sowie des Bündnisses für Ausbildung 2015 bis 2019.

Weitere Ziele und Aktivitäten sind die Information und Beratung der Unternehmen zur neuen Förderperiode der EU (HORIZON 2020, EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation), die Ausweitung der Prüftätigkeit der „Internen Revision“, die Umsetzung der Beschaffungsrichtlinie, die Verabschiedung einer Compliance-Richtlinie sowie den Einstieg in den Aufbau einer Compliance-Organisation.

Weitere Themen sind die Einführung von NGA im flächenhaften Breitbandausbau, die Finanzierung der A 49 und B 252, die Etablierung der B 508n, der Ausbau der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft, die Stärkung des Einzelhandels in Mittelzentren sowie die Entwicklung einer neuen Finanzierungsstruktur für den Tourismus.

Darüber hinaus sollen u.a. die Qualität bei Prüfungen der Aus- und Weiterbildung sowie die MINT-Aktivitäten der IHK gestärkt, das Projekt Studienabbrecher Kassel und Marburg, die IHK-Medienkompetenz und die fachliche Mobilität der Mitarbeiter gefördert werden. Auch werden weiterhin Maßnahmen der Effizienzverbesserung im Mittelpunkt der betriebswirtschaftlichen Steuerung der IHK stehen.

Kassel, 30. März 2015

Prof. Dr. Martin Viessmann
Präsident

Dr. Walter Lohmeier
Hauptgeschäftsführer